Freitag, 25. November 1932
Nr. 269. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf
Reichsausgabe

SAZ Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Hindenburg vor der Entscheidung

Wird er Hitlers Präsidialregierung zustimmen?

Berlin, 23. November.

WTB. Die Antwort Adolf Hitlers auf das gestrige Schreiben des Staatssekretärs Meißner wurde heute 6.30 Uhr nachmittags durch den Reichstagspräsidenten Göring dem Staatssekretär Meißner übergeben. Der 7½ Seiten umfassende Brief enthält mit ausführlicher Begründung die Erklärung, daß Herr Hitler dem vom Herrn Reichspräsidenten an ihn gerichteten Ersuchen, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen er eine sichere arbeitsfähige Mehrheit mit festem einheitlichem Arbeitsprogramm für eine von ihm geführte Regierung finden würde, nicht entsprechen könne. Mit dieser Absage verbindet Herr Hitler einen Gegenvorschlag, der zur Zeit dem Herrn Reichspräsidenten zur Prüfung vorliegt.

Hitlers Zaubermittel

Berlin, 23. November.

CNB. Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit: Heute nachmittag um 6.30 Uhr wurde die Antwort Adolf Hitlers auf das gestrige Schreiben dem Herrn Staatssekretär Dr. Meißner überreicht.

Die Antwort bringt — unter eingehender Begründung — zum Ausdruck, daß Adolf Hitler den ihm vom Reichspräsidenten übergebenen Auftrag einer rein parlamentarischen Lösung der Regierungskrise nicht übernehmen kann, weil er in Verbindung mit den gemachten Vorbehalten innerlich undurchführbar ist. Angesichts der trostlosen Lage unseres Vaterlandes, der immer steigenden Not und der Verpflichtung für jeden einzelnen Deutschen, sein Letztes zu tun, damit Volk und Reich nicht im Chaos versinken, hat Adolf Hitler dem Herrn Reichspräsidenten einen klarumrissenen Vorschlag unterbreitet, durch den in kürzester fixierter Frist die Regierungskrise gelöst werden kann.

Der Vorschlag schließt mit dem Versprechen Adolf Hitlers, bei seiner Annahme sowohl seine Person wie auch seine ganze Bewegung für die Lösung der Regierungskrise und damit für die Errettung des Vaterlandes einzusetzen.

Hitler will weiter kuhhandeln

Berlin, 23. November.

CNB. Wie in politischen Kreisen verlautet, ist die Antwort Adolf Hitlers nicht an den Reichspräsidenten, sondern wieder an Staatssekretär Meißner gerichtet. Die ersten sechs Seiten enthalten eine sehr ausführliche Auseinandersetzung mit den Argumenten des gestrigen Briefes des Staatssekretär Meißner an Adolf Hitler. Der eigentliche Vorschlag Hitlers ist in den letzten eineinhalb Seiten enthalten. Aus einer Reihe von Umständen läßt sich der sichere Schluß ziehen, daß er auf ein

Präsidialkabinett unter Hitlers Führung

hinausläuft. Offenbar ist die Formulierung aber so, daß der Vorschlag nicht als Hitlers letztes Wort aufgefaßt werden kann. Dafür spricht auch die Tatsache, daß Reichstagspräsident Göring bei der Ueberreichung der Antwort ausdrücklich den Wunsch ausgesprochen hat, daß die Fäden zwischen dem Büro des Reichspräsidenten und Herrn Hitler nicht abgerissen, sondern die Verhandlungen unter allen Umständen fortgeführt werden möchten. Ebenso hat Göring darum gebeten, Hitlers Vorschlag als solchen vorläufig geheim zu halten, damit die weiteren Verhandlungen nicht gestört werden. In Kreisen der Reichsregierung werden deshalb auch keinerlei Auskünfte hierüber gegeben, bevor der Reichspräsident über den Vorschlag entschieden hat.

In politischen Kreisen nimmt man an, daß er dem Wunsche, die Fäden in diesem Stadium nicht abreißen zu lassen, entsprechen wird, zumal der Vorschlag Adolf Hitlers von der nationalsozialistischen Führung als Diskussionsgrundlage bezeichnet worden ist.

Die Bemühungen des Herzogs von Koburg

Berlin, 23. November.

CNB. Der Herzog von Koburg hat nun in der Tat die Vermittlungsaktion eingeleitet, von der schon gestern die Rede war. Er hat heute vormittag mit Hitler gesprochen, der sich einverstanden erklärt haben soll, im Laufe des Nachmittags oder Abends mit Hugenberg zu verhandeln. Die Form der Zusammenkunft ist so gedacht, daß der Abgeordnete Strasser Herrn Hugenberg in den Kaiserhof abholt. Auch die Führung des Stahlhelms soll in die von dem Herzog von Koburg angestrebte Kombination einbezogen werden. Es handelt sich also um den Versuch, die Harzburger Front wiederherzustellen. Ob ein Präsidialkabinett auf dieser Basis möglich ist, darüber trifft die letzte Entscheidung der Reichspräsident.

Berlin, 23. November

CNB. Wie wir erfahren, hat Adolf Hitler heute abend mit anderen Führern der Harzburger Front oder anderen Parteiführern keine Fühlung mehr aufgenommen. Es ist aber anzunehmen, daß die vermittelnden Bemühungen des Herzogs von Koburg weitergehen.

Wahlrechtsraub — Neue Massensteuern!

Das Programm der Ruhrkapitalisten

Der „Langnamverein" (Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen) hielt am 23. November in Düsseldorf seine 60. Tagung ab. Der Vorsitzende, Dr. Ing. Springorum, hielt eine programmatische Eröffnungsrede, in der die neuen Forderungen des Großkapitals für die kommende Regierung angekündigt werden. Selbstverständlich setzte sich der Redner für die Stärkung und „Freiheit" der Privatwirtschaft und Einengung bzw. Abbau der Kommunalbetriebe ein. Dann aber bekannte er sich ausdrücklich zu dem von Papen aufgestellten Programm für eine grundlegende Verfassungs-, Verwaltungs- und Finanzreform. Das erste Erfordernis hierzu sei

die Aenderung des Wahlrechts und Schaffung einer zweiten Kammer.

Damit die so politisch entrechteten Massen aber durch andere Mittel „weiter an den Staat gebunden werden", fordert dieser Kapitalsvertreter,

das Steueraufkommen der Gemeinden von den Zensiten der Gewerbesteuer auf die breitere Schicht aller kommunalen Wahlberechtigten zu verteilen.

Es wurde auch eine gründliche Finanzreform für die Kommunen, die Entlastung der Gemeinden von den unerschwinglichen Wohlfahrtsaufgaben gefordert. Das heißt natürlich nichts anderes als Abbau der Wohlfahrtsunterstützung.

Der Redner wandte sich weiter scharf gegen die zur Verfügungstellung staatlicher Mittel für ein kommunales Arbeitsbeschaffungsprogramm

Das zur Verfügung stehende Kreditvolumen habe gerade in der nächsten Zeit in erster Linie zur Befriedigung der Ansprüche der Privatwirtschaft zu dienen.

Die Großkapitalisten des Ruhrgebiets haben sich noch nie durch Bescheidenheit in ihren Forderungen ausgezeichnet. Aber man muß ihre Wünsche und Forderungen immer sehr ernst nehmen, denn sie sind der entscheidende Faktor der wirklich regierenden Kreise in Deutschland.

Das lehrt die Erfahrung besonders der letzten drei Jahre. Alle Forderungen des Landnamvereins sind in dieser Zeit zum größten Teil erfüllt worden. Daraus kann auch die Arbeiterklasse ersehen, was ihr in den nächsten Wochen und Monaten droht. Obwohl der Parlamentarismus in Deutschland ausgeschaltet ist, wäre es doch grundfalsch, wenn die Arbeiterschaft die hier angekündigte und daher zur akuten Gefahr gewordene Verschlechterung des Wahlrechts gleichgültig hinnehmen würde. Sie muß mit allen Mitteln für die Verteidigung des Wahlrechts kämpfen, mit dem Ziel, diesen Kampf weiterzutreiben für die Durchsetzung der revolutionären sozialistischen Forderungen der Arbeiterklasse.

Wenn das Großkapital die Verteilung der Lasten der Gewerbesteuer auf „die Schultern aller Kommunalwahlberechtigten" fordert, so heißt das nichts anderes, als Umwandlung der Besitzsteuern in neue Massensteuern für die Arbeiterklasse. Neue Steuerlasten mit gleichzeitigem Raub des Wahlrechts. Das kennzeichnet das neue Unternehmerprogramm und zeigt jedem Proletarier, auf welcher Seite er zu kämpfen hat. Die Arbeiterklasse muß von dem rücksichtslosen Kampf der Kapitalisten-Klasse um ihre Interessen das eine lernen, daß sie mit der gleichen Rücksichtslosigkeit um die proletarischen Interessen ihrer Klasse, die nur in revolutionären Aktionen durchgesetzt werden können, kämpft.

Fauler Zauber in der SPD

Die „Rheinische Zeitung", das Organ Sollmanns, schreibt in einem „Warnung an das Zentrum" überschriebenen Artikel u. a. folgendes:

„Die Sozialdemokratie ist wachsam und zum schärfsten Kampf entschlossen. Bindet sich die Zentrumspartei an die Hitlerbewegung im Widerspruch zu allem, was sie bisher getan und publiziert hat, dann wird die Sozialdemokratie des Rheinlandes im Bunde mit den freien Gewerkschaften und der ganzen republikanischen Bevölkerung einen Angriffskampf gegen das Zentrum eröffnen, der ohne Rücksicht und ohne Schonung geführt werden muß."

Ausgerechnet Sollmann, der in all den vergangenen Jahren die engste Fühlung mit dem Zentrum gehalten hat, der geradezu der Vorkämpfer einer religions- und kirchenfreundlichen Haltung der Sozialdemokratie gewesen ist, ausgerechnet Sollmann veröffentlicht jetzt diese bombastische Kampfansage an das Zentrum! Psychologisch ist das leicht zu erklären; es ist die Rache des verschmähten Liebhabers, der mit seiner Drohung zugleich die geheime Hoffnung verbindet, die Geliebte, die im Begriff steht, einem anderen zu folgen, werde doch noch zu halten sein. Wichtiger als diese psychologische Erklärung ist aber die politische Frage: Wird wirklich die Sozialdemokratie ihre Politik gegenüber dem Zentrum, und das hieße, gegenüber der letzten beachtlichen Partei des sogenannten republikanischen Bürgertums, ändern?

Was zunächst die Haltung der SPD zum Zentrum betrifft, so sprechen alle Anzeichen dafür, daß die Sozialdemokratie geradezu krampfhaft bemüht ist, die alte Freundschaft mit dem Zentrum aufrecht zu erhalten. In Preußen stehen SPD und Zentrum aufs engste verbunden gegen die Regierung der Reichskommissare. In Baden macht die sozialdemokratische Landtagsfraktion alle nur gewünschten Zugeständnisse an die Zentrumspartei, ja, sie setzt sich in offenen Widerspruch zum Willen der sozialdemokratischen Mitgliedschaft und riskiert einen schweren Parteikonflikt nach dem Vorbild der 23 sächsischen Landtagsabgeordneten — und all dies geschieht aus keinem anderen Grunde als aus der Angst, es könnte sonst die Koalition mit dem Zentrum in die Brüche gehen.

Ein weiteres Beispiel ist die Haltung der Sozialdemokratie bei den kürzlich durchgeführten Kirchenwahlen. Die sozialdemokratische Presse hat hier den sogenannten religiösen Sozialisten weitesten Raum gegeben für eine Agitation, die allen Erkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus ins Gesicht schlägt. Sie hat damit in unzähligen Orten schwere Konflikte mit der Masse der freidenkerisch eingestellten Parteigenossen heraufbeschworen und überall toben jetzt in den Freidenkerorganisationen und in den sozialdemokratischen Mitgliederversammlungen heftigste Diskussionen unter den Mitgliedern der SPD um diese Fragen. Manchen Austritt wird die Sozialdemokratie dafür in Kauf zu nehmen haben.

Wenn das alles geschieht, um die Brücken zur Kirche und zur Zentrumspartei nicht abbrechen zu lassen, so wird niemand die Drohungen der „Rheinischen Zeitung" ernst nehmen können. Die Sozialdemokratie ist gar nicht mehr in der Lage, sich aus ihrer engen und innerlichen Verbundenheit mit

diesen Kreisen zu lösen. Sie kann es um so weniger, als in ihre ganze Politik nach wie vor auf ein Zusammengehen mit Teilen des Bürgertums eingestellt ist.

Denn das ist der springende Punkt: Alle radikalen Worte sozialdemokratischer Führer und alle Einheitsfrontangebote an die KPD können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Sozialdemokratie sich schroffer als je von der KPD abgrenzt und längstlicher als zu irgendeiner anderen Zeit bemüht ist, ihre Staatstreue und nationale Zuverlässigkeit zu erweisen. Das haben wir erst dieser Tage wieder an einer Rede Leiparts zeigen können, die bezeichnenderweise auch eine besonders schamlose Verbeugung vor der Kirche enthielt; Leipart erklärte, die Gewerkschaften ließen sich nicht hindern, „ehrfurchtsvoll vor den Toren des Ewigen zu stehen, die unserer menschlichen Erkenntnis verschlossen sind, und die Mächte zu schützen, die sich um diese letzte grobe Lösung von endlichem Dasein und unendlichem Weltgeschehen bemühen"!

Grundsätzlich gleichlautend ist aber auch die Einstellung der Führer des sogenannten „linken Flügels" der SPD. Erst am 15. November erklärte z. B. Siegfried Aufhäuser, der Vorsitzende des Afa-Bundes, in einer Breslauer SPD-Versammlung:

> „Hinter uns liegt Weimar, vor uns muß aber wieder Weimar liegen, das heißt, die Wiederherstellung unserer Volksrechte."

So spricht der Mann, auf den die oppositionellen Elemente in der SPD heute wohl die größten Hoffnungen setzen, der Mann, den man wahrscheinlich auf dem nächsten sozialdemokratischen Parteitag zwecks Beruhigung der empörten Funktionäre in die Führung wählen lassen wird. Er steht grundsätzlich auf demselben Boden wie Leipart, Wels und Compagnie!

Diese Zusammenhänge müssen wir in unermüdlichen, sachlichen und kameradschaftlichen Diskussionen den sozialdemokratischen Arbeitern klar machen. Wir müssen ihnen den Beweis erbringen, daß die angebliche Realpolitik ihrer Führer die gefährlichste Illusion ist, denn es gibt in diesem Stadium der Niedergangsepoche des Kapitalismus keine Wiedergeburt der parlamentarischen Demokratie mehr. Wir müssen in den sozialdemokratischen Arbeitern und Arbeiterinnen die Ueberzeugung stärken, die bereits überall bei ihnen zum Durchbruch kommt, daß es für das Proletariat nur eine Realpolitik gibt, nämlich den Bruch aller Bindungen an bürgerliche Parteien und bürgerliche Institutionen, die eindeutige Entscheidung für den revolutionären Weg aus der Krise!

Badische Sozialdemokraten ermöglichen Konkordat

Karlsruhe, 23. November.

WTB. Der Haushaltsausschuß des Badischen Landtags hat mit 10 Stimmen des Zentrums und der Badischen Volkspartei gegen eine Stimme des staatsparteilichen Vertreters das Konkordat und den evangelischen Kirchenvertrag angenommen. Die Vertreter der Nationalsozialisten und der Sozialdemokraten im Ausschuß übten Stimmenthaltung.

Die Annahme des Konkordats und des evangelischen Kirchenvertrages im Ausschuß ist also nur durch die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion möglich gewesen. Besonders bezeichnend ist, daß sogar die Staatspartei gegen das Konkordat ist, so wie auch vor Jahren die Staatspartei die vom Zentrum und der Sozialdemokratie durchgeführte reaktionäre Lehrerbildung abgelehnt hat. Die badische Sozialdemokratie (und nicht nur die badische!) ist also heute in kulturpolitischen Fragen reaktionärer als die Reste des liberalen Bürgertums. Im übrigen ist es besonders kraß, daß die sozialdemokratische Fraktion mit ihrer Haltung der Entscheidung des außerordentlichen Parteitages, der Ende dieser Woche stattfindet, bereits vorgegriffen hat. Um so heftiger dürften die Auseinandersetzungen auf diesem außerordentlichen Parteitag der badischen Sozialdemokratie werden.

Weiteres SPD-Blatt verboten

Nachdem bereits gestern der größte Teil der SPD-Presse in der nördlichen Rheinprovinz auf Grund eines Artikels, durch den sich der Reichskommissar Dr. Bracht beleidigt fühlte, vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz verboten worden war, ist mit Wirkung ab heute auch die sozialistische „Freie Presse" in Aachen verboten.

Natürlich!

Der fünfte Strafsenat des Reichsgerichts hat die gegen das Verbot der Druckschrift „Der Rote Stern" eingelegte Beschwerde als unbegründet auf Kosten des Beschwerdeführers verworfen.

Preußischer Staatsrat fordert neue Klage beim Staatsgerichtshof

Berlin, 23. November.

Der Verfassungsausschuß des Preußischen Staatsrats beschäftigte sich am Mittwoch abschließend mit der durch das Urteil des Staatsgerichtshofs und die Maßnahmen des Reiches geschaffenen Lage in Preußen. Die Stellungnahme des Ausschusses wurde in einem Antrag niedergelegt, der dem Staatsrat in seiner Sitzung am Donnerstag zur Annahme empfohlen wird. In dem Antrag wird zunächst grundsätzlich erklärt, daß die vom Staatsrat bekundete Auffassung, daß

> **die Amtsenthebung der preußischen Minister mit der Verfassung nicht in Einklang**

stehe, durch das Leipziger Urteil in vollem Umfange bestätigt worden sei. Auch der Erlaß des Reichspräsidenten vom 18. November über die Ausübung der Befugnisse der Landesregierung und des Reichskommissars trage nach Auffassung des Staatsrats in wesentlichen Punkten der Entscheidung des Staatsgerichtshofs nicht Rechnung und widerspreche der Reichs- und Landesverfassung. Die Maßnahmen des Reichspräsidenten griffen so tief in die durch die Reichsverfassung garantierten Rechte Preußens ein, daß

> **die Selbständigkeit des Landes Preußen und seine Stellung im Reich nicht mehr gewahrt**

seien.

Ferner wird in dem Antrag betont, daß die von der Reichsregierung verfügte Vereinigung des Preußischen Landwirtschaftsministeriums mit dem Reichsernährungs-Ministerium dem Artikel 17 der Reichsverfassung widerspreche und somit verfassungswidrig sei. Zum Schluß wird erklärt, daß der Staatsrat zur Klarstellung der durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli und den Erlaß vom 18. November hervorgerufenen Streitpunkte eine Klage beim Staatsgerichtshof für notwendig halte.

Hirtsiefer statt Braun

Berlin, 23. November.

VDZ. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ erfährt, ist Ministerpräsident Braun seit Sonntag an einer Halsentzündung erkrankt und bettlägerig. Infolgedessen wird ihn Minister Hirtsiefer im Staatsrat und Landtag vertreten. Auch die geplante Rede vor dem Landtagsplenum wird Minister Hirtsiefer halten.

Er spricht wie ein Nazi

Verlogene Phrasen des faschistischen Ministerpräsidenten Ungarns

In einer in Miskolcz veranstalteten Versammlung der Partei der Nationalen Einheit hielt Ministerpräsident Gömbös eine Rede, in der er jede gewaltsame Umwälzung entschieden ablehnte. Die gesamte Nation müsse sich zusammenfinden, damit große Fragen wie die Revisionsfragen mit friedlichen Mitteln und ebenso die infolge der Wirtschaftskrise entstandenen wirtschaftspolitischen Fragen gelöst werden könnten. In Ungarn müsse auch die Arbeiterschaft als gleichberechtigter Teil gelten. In der sicheren Hoffnung auf eine bessere Zukunft, reiche er der ungarischen Arbeiterschaft seine brüderliche Rechte. Er stehe auf dem Boden der Heiligkeit des Privateigentums und bekenne sich zur kapitalistischen Weltanschauung. Was das Kapital anlange, so könne ein wirklicher Fortschritt nur von der individuellen Initiative erwartet werden. Er sei weder Anhänger einer übertriebenen wirtschaftlichen Betätigung des Staates noch einer gebundenen Wirtschaftsordnung. Er wolle das Kapital, das sich in die produktive Arbeit der Nation einfüge, unterstützen, stehe aber dem Kapital, das seine eigenen Interessen über diejenigen der Gesamtheit der Nation stelle, feindlich gegenüber. Wir wollen, sagte Gömbös, eine schaffende Nation sein, wir müssen uns unserer geschichtlichen Bestimmung bewußt sein, die uns nicht genommen werden kann. Wenn sich die Welt darauf besinnt, daß es ein selbständiges Ungarn gibt, das trotz seiner Verstümmelung ein bedeutender Faktor der europäischen Arbeit in Osteuropa ist, dann ist dies dem Umstand zu verdanken, daß unsere Geschichte und unsere geographische Lage derart beschaffen sind, daß man sie nicht einfach außer acht lassen kann. Ohne uns gibt es keine Lösung der Fragen und in diesem Bewußtsein leite ich die ungarische Außenpolitik. Ich verkünde den Frieden nicht nur nach innen, sondern auch nach außen. Es ist meine unerschütterliche Ueberzeugung, daß diejenigen, die uns den Frieden aufgezwungen haben, ihr uns zugefügtes Fehlurteil bereuen und einsehen werden, daß es zum Himmel schreit. Die Bedeutung der italienisch-ungarischen Freundschaft besteht darin, daß sie uns einen Markt bietet und daß Italien einen bedeutenden Teil unserer Erzeugnisse übernimmt, die es notwendig braucht. Schließlich erklärte der Ministerpräsident, daß seine mit dem österreichischen Bundeskanzler geführten Verhandlungen lediglich den Zweck gehabt hätten, Oesterreich zu der Einsicht zu bringen, daß Oesterreich und Ungarn in wirtschaftlicher Beziehung aufeinander angewiesen seien und daß Oesterreich die ungarischen landwirtschaftlichen Produkte nicht entbehren könne.

Völkerbund für Japan

Er drückt sich um eine Entscheidung im Mandschureikonflikt

Genf, 23. November.

CNB. Die Beratungen des Völkerbundsrats über die weitere Behandlung des chinesisch-japanischen Konflikts sollen, wie man hört, voraussichtlich noch in den nächsten Tagen zum Abschluß gebracht werden. Eine materielle Stellungnahme des Völkerbundsrates dürfte demnach nicht erfolgen. Vielmehr scheint beabsichtigt zu sein, die weitere Behandlung der Angelegenheit so bald wie möglich auf die Völkerbundsversammlung zu übertragen. Das würde bedeuten, daß der von der letzten außerordentlichen Völkerbundsversammlung her schon bestehende 19er-Ausschuß unter Vorsitz des belgischen Außenministers Hymans mit der eingehenden sachlichen Beratung des Falles beauftragt wird, und es heißt, daß zu diesem Zwecke der 19er-Ausschuß in den ersten Dezembertagen zusammentreten werde. In der morgigen Ratssitzung wird noch einmal der Vertreter Japans sprechen. Wahrscheinlich wird der Vertreter Chinas ebenfalls nochmals Gelegenheit erhalten, auf die Ausführungen des japanischen Vertreters zu antworten.

*

Das bedeutet Ausweichen vor einer Entscheidung und Begrabung der ganzen Angelegenheit in einen Ausschuß, der sicher nie zu einem Abschluß gelangen wird.

Das heißt praktisch, daß dem japanischen, imperialistischen Räuber völlig freie Hand und das „Bundesmitglied" China im Stich gelassen wird. Es ist faktisch eine unverhüllte Unterstützung Japans gegen China. Man konnte vom Völkerbund nichts anderes erwarten. Aber es dokumentiert aller Welt seinen völligen Bankrott.

Politischer Prozeß in Spanien

Die Schuldigen der Diktatur müssen sich verantworten

Madrid, 23. November.

Der große Prozeß gegen die Personen, die mit für die Errichtung der Diktatur unter Primo de Rivera verantwortlich gemacht werden, nahm heute seinen Anfang. Die Angeklagten sind in der Hauptsache Generäle, die teilweise Ministerposten unter Primo de Rivera bekleideten. Vor dem aus 21 Abgeordneten der verschiedensten Parteien bestehenden Gerichtshof wurde zunächst die Anklage verlesen. Die Verteidiger bestritten, daß die Angeklagten sich schuldig gemacht hätten, und beantragten Freispruch. Darauf wurde in die umfangreiche Zeugenvernehmung eingetreten.

Madrid, 23. November.

WTB. Im Prozeß gegen die Mitglieder der Diktatur Primo de Rivera beantragte der öffentliche Ankläger gegen die Schuldigen eine Gefängnisstrafe von 20 Jahren.

Schriftliche Antwort Hindenburgs

(Nach Redaktionsschluß eingegangen)

Berlin, 24. November.

WTB. Wie wir erfahren, ist die Entscheidung des Reichspräsidenten dahin gefallen, daß die Antwort an Adolf Hitler schriftlich erfolgen soll. Es ist anzunehmen, daß das voraussichtlich umfangreiche Dokument die Auffassungen Adolf Hitlers in sehr eingehender Form widerlegt. In politischen Kreisen wird erwartet, daß die Antwort im Laufe des späten Nachmittags ergehen wird.

Schacht im nationalsozialistischen Kriegsrat

CNB. Heute nachmittag erschien der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht zu einer Besprechung mit Hitler im Kaiserhof. Dann erschienen kurz hintereinander Staatsminister a. D. Dr. Frick, der Stabschef der SA Hauptmann Röhm, der Wirtschaftspolitiker der NSDAP Strasser und General von Epp.

Neue Tumulte vor dem Hotel Kaiserhof

CNB. Nachdem um 6.30 Uhr Reichstagspräsident Göring vom Hotel Kaiserhof abgefahren war, um die Antwort Hitlers an den Reichspräsidenten zu überbringen, mischte sich plötzlich, von allen Seiten kommend, eine große Anzahl kommunistischer Demonstranten unter die Menge. Sie rotteten sich vor dem Eingange des Hotels im Mittelteil der Straße zusammen und stießen Rufe gegen Hitler und seine Parteiführer aus. Die bereits seit längerer Zeit dort anwesenden Nationalsozialisten geriten mit den Kommunisten ins Handgemenge, das die Polizei jedoch durch rasches Eingreifen im Keime erstickte. Die Nationalsozialisten wie die Kommunisten wurden von der Polizei abgedrängt und nach kurzer Zeit zerstreut.

Gegen die Klassenjustiz

In einer Funktionär-Konferenz des Unterbezirks Dresden der SAP ist einstimmig die folgende Resolution beschlossen und von der UB-Leitung dem Sächsischen Staatsministerium zugeleitet worden:

„200 am 20. November 1932 im Kristallpalast in Dresden versammelte Funktionäre der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands erheben schärfsten Protest gegen das Todesurteil gegen den

Arbeiter Ferdinand Bartl in Chemnitz.

Die Versammelten verlangen vom sächsischen Staatsministerium die sofortige Aufhebung dieses Klassenurtells. Zugleich fordert die Konferenz, daß die sächsische Staatsregierung für die Aufhebung der das Bürgerliche Recht ins Gesicht schlagenden Sonderjustiz und die Freilassung aller politischen Gefangenen des Proletariats sich einsetzt."

Noske ist unentbehrlich!

Wer konnte nur daran zweifeln?

CN. In der Presse werden erneut Behauptungen über weitere personelle Veränderungen in Preußen aufgestellt. U. a. wird von einer Abberufung des Oberpräsidenten von Hannover, Noske, und des Oberpräsidenten der Grenzmark, von Bülow, gesprochen. Von zuständiger preußischer Stelle wird demgegenüber erklärt,

> **daß die Behauptungen von einer Abberufung Noskes jeglicher Grundlage entbehren.**

Der Oberpräsident von Bülow in Schneidemühl wird am 1. April nächsten Jahres die Altersgrenze erreichen. Da dann ein Wechsel in der Leitung des Oberpräsidiums erfolgen muß und andererseits die Aufgabengebiete in der Grenzmark besonders wichtig sind, sind gegenwärtig bereits Verhandlungen im Gange über die Art der Einführung eines Nachfolgers für Oberpräsident von Bülow. Auch die weitere Behauptung, daß Ministerialdirektor Klausener in das preußische Finanzministerium übersiedeln wird, trifft nicht zu.

Beschränkung der parlamentarischen Opposition in Oesterreich

Der Sozialdemokrat Renner auf Löbes Spuren

Wien, 23. November.

In einer parlamentarischen Obmännerkonferenz legte der Präsident des Nationalrats, Dr. Renner, den Entwurf einer Neufassung der Verfassungsbestimmungen über die Immunität der Abgeordneten vor, der auch für den Bundesrat und die Landtage Geltung haben soll. Danach soll der Präsident das Recht erhalten, einen Abgeordneten nach drei Ordnungsrufen oder wegen einer Gewalthandlung auf einen bis acht Sitzungstage auszuschließen, was ein Ruhen aller auf dem Mandat liegenden Rechte zur Folge haben würde. Fügt sich ein Abgeordneter dem Ausschluß nicht, so ist die Sitzung zu unterbrechen. Betritt der Ausgeschlossene nach Wiederaufnahme der Sitzung doch den Saal, so hat diese Handlung den Verlust des Mandats zur Folge, und der Präsident hat sofort den Ersatzmann einzuberufen.

Wenn Nazis Wohlfahrtsbeamte werden

Unerhörte Provokationen der Arbeiterschaft — Forderung an das Wohlfahrtsamt

Ende der vorigen Woche saßen in einem Lokal Ecke Frankfurter- und Ohlauer-Straße Proleten und diskutierten über das Elend, den Hunger und was sie sonst noch bewegt. In einer Ecke des Lokals saß an einem Tisch ein anscheinend völlig betrunkener, bürgerlich aussehender „Herr".

An sich wäre darüber nichts zu berichten, wenn nicht plötzlich dieser „Herr" erwacht wäre und, betrunken wie er war, versucht hätte, sich in die Unterhaltung der anderen hineinzumischen, wobei er in der schamlosesten Weise auf die Erwerbslosen — allen Tatsachen hohnlachend — schimpfte.

Er sei Wohlfahrtsermittler und kenne sich bei den Erwerbslosen aus.

Die Arbeitslosen seien nichts als faule Schweine. Bis 12 Uhr lägen sie im Bett und lebten besser als er selbst.

Man müßte gegen diese faulen Kerle mit allen Mitteln vorgehen.

Politisch entpuppte sich daraufhin dieser Herr als Hitleraner und brüllte, daß Hitler mit der ganzen Schweinerei aufräumen werde. Es gäbe im 3. Reiche einfach keine Unterstützung mehr.

Nur zu verständlich, daß die Proleten über diese unerhörte Lästerung und Verhöhnung ihres Hungerdaseins aufgebracht waren und daß sich eine Diskussion entspann.

Während dieser Diskussion schimpfte der Wohlfahrtsermittler, dessen Name

M. Gülhling ist, der in der Frankfurter Straße 40 wohnt

und der im Bezirk Vorwerkstraße recherchiert, immer weiter auf die Arbeitslosen. Bis schließlich der Wirt, der aus Loyalitätsgründen seine Gäste nicht beschimpfen lassen wollte, ihn an die frische Luft setzte.

Wir fordern nachdrücklich, daß sich das Wohlfahrtsamt mit diesen Vorfällen beschäftigt; wir fordern die sofortige Entfernung dieses Beamten, wir sind bereit, Zeugen dieser Vorfälle dem Wohlfahrtsamt zu benennen.

„An unserer Ruhe sollen unsere Gegner zerschellen"

Pietsch und die Freidenker!

In der Mitgliederversammlung des Deutschen Freidenker-Verbandes, Abteilung Ohlauer Tor, sprach der Bezirkssekretär Pietsch und verstieg sich in die Erklärung gegenüber der Reaktion und dem drohenden Verbot des Verbandes zu den Worten:

„An unserer Ruhe sollen unsere Gegner zerschellen."

Nach heftigen Angriffen auf die SPD wegen der Propaganda der religiösen Sozialisten in der „Volkswacht", bei der Kirchenwahl, erklärte er, daß die Presse-kommission einen

„Wahnsinnsanfall überparteilicher Neutralität hatte".

Folgende Resolution wurde von der gutbesuchten Versammlung gegen zwei Stimmen angenommen:

„Die Mitgliederversammlung des Deutschen Freidenker-Verbandes Breslau der Abteilung Ohlauer Tor protestiert energisch gegen das Todesurteil an einem Chemnitzer Klassengenossen. Sie erklärt, daß der einzige wirkungsvolle Kampf gegen diese Klassenjustiz der außerparlamentarische Kampf der deutschen Arbeiterklasse ist.

Die Mitgliederversammlung stellt das Versagen des Breslauer Ortsvorstandes im öffentlichen Kampf gegen Muckertum und Kulturfaschismus fest. Sie hat vom Vorstand eine öffentliche Kampagne erwartet unter Hinzuziehung aller Arbeiterparteien!"

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

Das größte Ereignis

der Breslauer Arbeitersportler am Sonntag, den 27. November 1932, ist der

Städte-Wettkampf

Dresden—Breslau

in der Lessingturnhalle.

Hast du schon eine Eintrittskarte?

Zwei neue Verhaftungen

wegen der Erschlagung des Klassengenossen Pietrzuch

Beuthen, 23. November.

Im Potempaer Prozeß wegen der Erschlagung des Kommunisten Pietrzuch war von den damaligen Angeklagten und Verurteilten ein gewisser, seiner Zeit aber geflohener Golombek stark belastet worden. Golombek ist nun gestern zusammen mit einem weiteren Beschuldigten in der gleichen Angelegenheit, namens Dutzki, verhaftet und in das Beuthener Gerichtsgefängnis eingeliefert worden. Sie werden sich nun gleichfalls vor dem Sondergericht zu verantworten haben.

Liegnitzer Brief

Sie sorgen sich um den FAD — SPD und „Religiöse Sozialisten" — Totensonntagsrummel — Man kurbelt immer noch an

Gewisse Liegnitzer „Bürger" wetteifern im Plänenaushecken in bezug auf Arbeiten für den sog. Freiwilligen Arbeitsdienst. Erschließung von Gelände für Bauzwecke und Herstellung von Wegen, Aufschütten der großen Müllgrube an der Siegeshöhe, Schaffung von Radfahrwegen, Regulierung der Katzbach, und noch viele andere Vorschläge werden in der bürgerlichen Presse und in allen möglichen lokalen Vereinen kundgetan. Selbstverständlich denkt man dabei nur an die „Not der erwerbslosen Jugend", gilt es doch, sie „zu schützen vor den Gefahren der Straße!" Was will es schon heißen, daß am Ort die Arbeitslosigkeit unter den ungelernten Arbeitern in die Tausende geht?

Die Herren von der Maurer- und Zimmerer-Innung sind konsequenter als mancher Vertreter der Arbeiterschaft. Ausführung von Arbeiten durch den FAD (wie der aufgetauchte Plan des Baues eines Jugendheimes durch Erwerbslose), welche die Existenz der Bauunternehmer bedrohen, lehnen sie ab. In ihrer Sitzung sind Worte gefallen, von denen man wünschen möchte, daß sie den Befürwortern des FAD innerhalb der Arbeiterschaft recht deutlich zum Bewußtsein gebracht würden.

Aber leider sieht es hier in der Wirklichkeit anders aus. Wie kürzlich an dieser Stelle berichtet wurde, fand eine Kommission bei der Besichtigung des Arbeitslagers des Sozialen Dienstes (Einrichtung der freien Gewerkschaften) nach ihrem Urteil „unglaubliche Zustände" vor. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde die Angelegenheit zur Sprache gebracht. Die Haltung der SPD war bezeichnend. Stadtv. Höer (Angestellter des Baugewerksbundes) erklärte, er lehne den Arbeitsdienst grundsätzlich ab, Stadtv. Fischer offenbarte das Gegenteil. Er wandte sich gegen die Angriffe auf das hiesige Lager des Sozialen Dienstes, in anderen Lagern sei auch manches auszusetzen, die „Internationale" sei nicht gesungen worden. Mängel in der Ordnung wurden abgestellt, und daß man gewillt sei, durchzugreifen, beweise die Tatsache, daß man schon fünf Mann hinausgeworfen habe! — Es sei noch angeführt, daß eine kurz vor der Wahl auf dem Lager angebrachte rote Fahne mit den Pfeilen auf Anweisung der Leitung schleunigst wieder heruntergeholt werden mußte.

Wir brachten in der „SAZ" bereits die Mitteilung, daß hier ein Arbeitsdienstlager für Mädchen aufgezogen werden soll. Die Sache ist seit einigen Tagen Wirklichkeit geworden. Träger des Lagers ist die Berufsorganisation Liegnitzer Hausfrauen, ein Verein der sog. „gnädigen Frauen". Die Unterbringung erfolgte in der Jugendherberge der Dornbuschschule. Unter 70 Bewerberinnen, so orakelt dieser Verein, wurden 28 der zuverlässigsten Mädchen ausgesucht. Organisation, „Bezahlung" usw. wird den Lagern für männliche Erwerbslose nachgeahmt, „geistige und sittliche Betreuung" wird besonders gepflegt werden. Und die „Bezahlung" — 25 Pfg. Taschengeld täglich!

Mit besonderem Eifer agitierte die „Volkszeitung" (SPD) für die Liste der Religiösen Sozialisten bei den Kirchenwahlen. Natürlich mit der besonderen Betonung, daß für die Partei Religion Privatsache sei; Freidenker und Kirchenmitglieder ständen kameradschaftlich nebeneinander in ihren Reihen. Der Wahlausgang — schweigen wir. Ausreden, Entschuldigungen findet „Onkel Paul" als besonderer Könner auf diesem Gebiet immer. Bei der vorletzten Reichstagswahl wurden die Stimmverluste der SPD am Ort von SAP und KPD aufgefangen, also gingen sie der marxistischen Front nicht verloren, schrieb er damals. Die neuen Verluste der SPD am 6. November erwähnte „Onkel Paulchen" so nebenbei, der Rückgang der Nazistimmen und besonders der Rückgang der SAP gab ihm Grund, den Mund recht voll zu nehmen: „Die Sozialdemokratie wird das Sammelbecken der Arbeiterschaft für die Einheitsfront darstellen" — „Wenn die Jugend wieder in den Betrieben stehen wird, werden künftige Wahlen anders aussehen, denn die Beeinflussung durch die älteren Arbeitskollegen fehlt heute" — „Not und Verzweiflung beeinflußten allzu sehr die Stimmabgabe vieler Arbeiter, wenn aber . . ." Doch in den Reihen der SPD-Genossen denkt man schon anders, merkt, was Parlamente heute noch bedeuten, und daß Wahlen nicht Entscheidungsschlachten sind.

Die Begnadigung der wegen der Vorfälle in der Goldberger Straße verurteilten Angehörigen der Eisernen Front ist vom Ministerium abgelehnt worden. Die Strafen werden zum Teil bereits verbüßt bzw. sind nächstens anzutreten. Bei Proleten wird ja schon immer nicht viel Federlesen gemacht . . .

Zum Totensonntag machten die Nazis (SA und SS) in Gefallenengedenkfeier und Kranzniederlegung auf dem Friedhof. Uns scheint, daß ihnen der Umzug mit Musik durch die Stadt (fast 300 Mann) die Hauptsache hierbei war. Der Zug der Kriegervereine, die in einem Saale ihre Gedächtnisfeier hielten, war bedeutend größer — immer eine Reihe Zylinder nach der andern und die Vorderfront der Ueberzieher beladen mit den „Orden und Ehrenzeichen im Original" —, rührende Augenblicke für das deutsche Gemüt!

Da die Ankurbelung der Wirtschaft nicht so recht vorankommen will, will die Stadt und die Kaufmannschaft um Ort ein wenig nachhelfen: man veranstaltet eine Lichtwoche. Kirchen, Schulen, Altes Rathaus usw. sollen angestrahlt, das Schloß bengalisch beleuchtet werden und über 115 Geschäfte haben sich verpflichtet, eine Woche lang nicht sparsam mit der Schaufensterbeleuchtung zu sein. Lichtumzüge, Konzerte und allerlei Veranstaltungen gehören mit zum Lichtfest. Zweck: die Bevölkerung von nah und fern soll zum Kaufen angeregt werden. Wovon die Proleten mit ihren gedrückten Löhnen, die Kurzarbeiter und besonders die ungefähr 10 000 Erwerbslosen größere Einkäufe tätigen sollen, wird in den Ankündigungen nicht angegeben . . .

An alle Parteigenossen Breslaus!

Für Sonntag, den 27. November wird ein allgemeiner Landagitations-Sonntag angesetzt. Alle sonstigen Veranstaltungen werden für diesen Sonntag abgesetzt. Jede Genossin, jeder Genosse, die Genossen vom SJV stellen sich dem Distriktsführer bzw. dem Stadtteilleiter für diesen Sonntag zur Verfügung. Wochenendzeitungen sind rechtzeitig in genügender Anzahl in der Expedition anzufordern. Der Parteivorstand

Film und wir

„Die hölzernen Kreuze"

Ansehen, diesen Film! Ein Kriegsfilm von unerhört starker Wirkung, der gegenwärtig in Dortmund seine ersten Aufführungen hat. Nach dem Roman von Roland Dorgelès, gedreht von Raymond Bernard, übertrifft er an Erlebnisstärke den Remarque-Film. Französisches Fronterlebnis! Doch ist es dasselbe, das sie alle, die Millionen, erfaßt hatte, warum sie zerfetzt wurden, verbluteten, daran sie zugrunde gingen geopfert wurden auf dem „Altar" des Profits.

„Es ist fürs Vaterland", spricht das verzerrte Gesicht des Korporals vor dem Angriff, denn verzweifelte, fragende Blicke schreien: „Da durch? Irrsinn!" — Ein Höllenfeuer der „feindlichen" Artillerie, der Deutschen, fegt über das aufgewühlte Gelände dahin den zerrissenen Boden stets aufs neue aufreißend, aufspritzend von Dreck, Blut, Gliedmaßen, Eingeweiden. „Da durch! Irrsinn!" Sie gehen da durch wie die anderen jenseits des Grabens da durch mußten, sie werden hingemäht, hingemäht, hingemäht. In „Ruhe", dort, wo einst das zufriedene, idyllische Dorf stand, bricht es hervor: „Das ist ja kein Krieg mehr, das ist Massenmorden!" Hüben wie drüben bei den Franzosen, Engländern, Deutschen, bei allen: „Es ist fürs Vaterland!" Und bei allen die hölzernen Kreuze, zehn Millionen so.

Wie ist es möglich, daß gerade heute solch ein Film geschaffen wird, und doch ein Wettrüsten, Aufrüsten, Kriegstreibereien, Kriegsbegeistern! Der Film springt wie ein furchtbar warnendes Fanal aus all dem hervor. „Nie wieder!" — Aber das Proletariat muß noch lernen, „Nie wieder!" Nur dann: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! d. d.

„Die grausame Freundin" im Tauentzien-Theater

Das Tauentzien-Theater kündigt den Film mit Anny Ondra „Die grausame Freundin" als ein neues großes Lustspiel, ein Bombenlachschlager, an. Der Film aber ist, von einigen Szenen abgesehen, wirklich mißlungen. Ohne Zusamenmhang werden komisch sein sollende Szenen zusammengeklebt und man merkt, daß der ganze Film immer nur darauf abgestellt ist, Anny Ondra den entsprechenden Rahmen zu schaffen. Einige gutgelungene Typen der „Wissenschaft" und von „Schulmeistern" können die Oede der Handlung nicht beleben.

Bühne — von links gesehen

Mozart-Woche

Die Mozart-Woche des Stadttheaters brachte zunächst eine etwas matte Aufführung des

„Don Giovanni".

Von den beiden Gästen war Hans Fidesser als Don Octavio eine wertvolle Ergänzung unseres Ensembles, während Rose Pauly als Donna Anne nicht die für eine Mozartsängerin besonders erforderlichen Qualitäten aufwies. Von den Breslauer Kräften sind Gretel Hütter, Barbara Reitzner, Leo Weith und Heinrich Pflanzl anerkennend hervorzuheben. Das Orchester unter Schmidt-Belden spielte korrekt, aber nicht gerade festlich.

Der zweite Abend brachte

„Die Entführung",

diesmal mit drei Gästen, von denen Sterneck als Osmin ganz hervorragend war, während die Constanze (Callam-Berlin) wieder enttäuschte.

Das Bühnenbild ist etwas spärlich; aber das von Hoeßlin überaus zart geführte Orchester bedarf eines besonderen Lobes.

„Idomeneo".

„Mozart mit Straußenfedern" ist dieses Werk witzig, aber richtig benannt worden. Die Originalfassung Mozarts reicht an seine großen Werke: „Figaro" und „Don Giovanni" nicht heran. Die „opera seria" lag ihm nicht. Aus der oft langweiligen Folge von Arien, Chören usw. wollte Strauß ein Musikdrama machen, allerdings im Mozartschen Stil. Das aber ist ganz und gar unmöglich. Was wir vor uns haben ist eine Oper von Mozart, daran ändern die durchkomponierten Rezitative nichts, ebensowenig die von Strauß hineinkomponierten Stellen; sie wirken nur fremdartig. (Zwischenspiel nach dem Sturm.) Und die langatmigen Mozartschen Arien, die geblieben sind, hindern wiederum den von Strauß erstrebten dramatischen Fortgang der Szenen. So ist der Versuch, durch musikalische und szenische Umgestaltung ein schwaches Werk wieder lebendig zu machen, mißlungen. Auch die ausgezeichnete Aufführung konnte daran nichts ändern. Der Regisseur Dr. Hartmann hatte einen großen technischen Apparat in den Dienst der Sache gestellt, wobei manchmal des Guten zuviel getan wurde.

Herr Singer wirkte auch diesmal wie die Karikatur eines Tenors, während Anny Glogner wieder beweist, daß sie mit ihrer großen und reinen Stimme zu den besten Kräften des Theaters gehört. Das außerordentlich saubere Spiel des Orchesters, das gute Zusammengehen mit den Sängern und Chören zeigte wieder von Hoeßlins großer Kunst im Einstudieren und Dirigieren.

Volkssinfoniekonzert.

An den Türen des Saales hängt ein Anschlag, der die Freunde der Volkssinfoniekonzerte bittet, ihre Programmwünsche auf Zettel aufzuschreiben. Der miserable Besuch der Konzerte ließ die Intendanz zu diesem Mittel greifen. An dieser Stelle ist schon oft auf die Mangelhaftigkeit der Programmgestaltung gerade dieser Konzerte hingewiesen worden. Reger hat auch diesmal „wenig Volk angelockt", seine Mozartvariationen lassen sich am besten dahin kennzeichnen: es müßte ein Film dazu laufen. Behr liebt dieses Werk; er hat es sauber einstudiert und mit viel Verständnis und Temperament dirigiert. Weniger die Dvorak-Sinfonie. Wie roh, wie langweilig wurde dieses wertvolle Werk runtergespielt!

Dazwischen stand die ebenfalls gelangweilte Wiedergabe eines uninteressanten Cello-Konzertes von Haydn durch Max Baldner, der früher dem Klingler-Quartett angehörte.

Dem Konzert fehlte etwas Wichtiges: es erweckte wenig Lust, das nächste zu besuchen.

G. R.

Gerhart Hauptmann auf der Bühne

Ueber dieses Thema sprach in einer Sonderveranstaltung der Volksbühne am 19. November Professor Dr. Niessen-Köln. Seine Ausführungen zeugten von einer gründlichen Kenntnis der Materie, die durch einen reichen Bildschatz anschaulich gemacht wurde. Die Bedingungslosigkeit der Anerkennung, die der Redner für den Dichter forderte, teilen wir nicht und ebensowenig die Naivität, mit der der Redner die Klassengegensätze in der heutigen Gesellschaft durch einen Dolchstoß in das Herz der „deutschen Zwietracht" zu beheben meinte. Sein ehrlicher Protest gegen die Kulturreaktion verriet dieselbe Unkenntnis der wirklichen gesellschaftlichen Kräfte, die den Vortrag leider nicht über eine interessante und lehrreiche Stoffkunde hinaushob. E. K.

Feierstunde der PKG

Sonntag, den 27. November, 16,30 Uhr, in der Monistischen Gemeinde. Es läuft der Russenfilm: „Der Mann, der das Gedächtnis verlor" und „Chaplin als Polizist". Unkostenbeitrag 20 Pfg.

Überschwemmungen in Kolumbien

100 Tote

Bogota, 23. November.

Infolge Hochwasser im Bezirk Hulla (Oberes Tal des Rio Magdalena) sind etwa 100 Personen ums Leben gekommen.

Drahtseilbahnunglück in Siebenbürgen

Fünf Tote

Klausenburg, 23. November.

Fünf Personen wollten auf einer sonst zu Transportzwecken dienenden Drahtseilbahn bei Kovaszna einen Ausflug ins Gebirge unternehmen. Der Maschinenmeister wurde von Unwohlsein befallen und stürzte auf eine Bremsvorrichtung, wodurch sich ein mit Holz beladener Förderkorb bergabwärts in Bewegung setzte. Ueber einem 1400 m tiefen Abgrund stießen beide Förderkörbe zusammen und stürzten in die Tiefe. Die fünf Insassen des bergaufwärts fahrenden Korbes fanden den Tod.

Wieder leichte Erdstöße in Holland

Amsterdam, 23. November.

In der vergangenen Nacht sind in Süd- und Ostholland, vor allem in den Provinzen Nordbrabant und Limburg, neue Erdstöße wahrgenommen worden, die jedoch nicht so stark waren wie die in der Nacht von Sonntag auf Montag. So wurde in der Ortschaft Veghel um 3.27 Uhr ein leichtes Beben verspürt, dem um 4.41 Uhr ein zweites folgte. Die Wahrnehmungen in anderen Gebieten weichen zeitlich etwas voneinander ab. Uebereinstimmend wurde jedoch festgestellt, daß die Beben ähnlichen Charakter wie die in der Nacht zum Montag hatten, allerdings nur vier bis sechs Sekunden andauerten.

In Wuppertal

In der vergangenen Nacht zwischen 4.05 Uhr und 4.10 Uhr wurden in Wuppertal drei leichte Erdstöße verspürt, die aber viel schwächer waren als die in der Nacht zum Montag. Auch in Düsseldorf wurden Erdstöße verspürt.

Explosionsunglück

Ein Toter, drei Schwerverletzte

Marburg a. d. Lahn, 23. November.

Am Kaffweg, wo zurzeit Sprengungen vorgenommen werden, um Erde für den Ausbau der Auto-Umgehungsstraße zu gewinnen, erfolgte heute eine Explosion, durch die ein Arbeiter getötet und drei Arbeiter schwer verletzt wurden. Die Explosion wurde dadurch verursacht, daß von einer Sprengung am Vortage in der Erde eine Sprengpatrone steckengeblieben war, die bei den heutigen Arbeiten von einer Spitzhacke getroffen wurde.

Der Brand auf der „Hooft" gelöscht

Amsterdam, 23. November.

Der gewaltige Brand, der auf dem Dampfer „P. C. Hooft" vor etwa zehn Tagen im Amsterdamer Hafen ausbrach, konnte erst gestern nachmittag, nachdem das Schiff nahezu ausgebrannt war, gelöscht werden.

Neuer Gotteslästerungs-Prozeß

Berlin, 23. November.

(NB. Das Schöffengericht Berlin-Mitte hatte seinerzeit den kommunistischen Schriftsteller Dr. König von der Anklage der Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen nach § 166 StGB freigesprochen. Die Strafkammer beim Landgericht I hatte das Urteil bestätigt. Das Reichsgericht hat nunmehr auf die Revision des Staatsanwalts den Freispruch aufgehoben und die Sache zu erneuter Verhandlung an das Landgericht III zurückverwiesen.

Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde: In einer politischen Kampfschrift war Dr. König für Abschaffung des § 218 eingetreten und hatte dabei auch scharf gegen eine päpstliche Enzyklika und die katholische Kirche Stellung genommen. Gleichzeitig hatte Dr. König zum Austritt aus der katholischen Kirche aufgefordert.

Schöffengericht und Landgericht hatten die Auffassung vertreten, daß es sich zweifellos um einen Angriff gegen die katholische Kirche handele, daß aber eine Beschimpfung nicht vorliege. Das Reichsgericht hat sich indessen dieser Auffassung nicht anschließen können.

Wahrscheinlich kein Prozeß Wolff — Kienle

Stuttgart, 23. November.

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht Stuttgart hat jetzt die seit Februar 1931 gegen Dr. Friedrich Wolff und Frau Dr. Else Kienle schwebende Voruntersuchung wegen gewerbsmäßiger Abtreibung abgeschlossen, nachdem in dieser Sache zahllose Zeugen und zuletzt auch medizinische Sachverständige vernommen worden waren. Frau Dr. Kienle, die bekanntlich anderthalb Monate in Haft war und nach einwöchigem Hungerstreik auf freien Fuß gesetzt wurde, hat inzwischen einen Amerikaner geheiratet und hat sich nach den Vereinigten Staaten begeben. Obgleich sie die amerikanische Staatsangehörigkeit erst nach sechs Monaten erhält, dürfte damit ihre weitere Strafverfolgung in dieser Sache unmöglich sein, weil die Vereinigten Staaten zu den Ländern gehören, die wegen dieses Delikts nicht ausliefern. Auf der anderen Seite ist es fraglich, ob gegen Dr. Wolff allein in Abwesenheit der Frau Dr. Kienle das Verfahren weiter durchgeführt werden kann. Infolgedessen ist es nicht ausgeschlossen, daß die Angelegenheit wegen Abwesenheit eines Hauptangeschuldigten zunächst ruhen wird.

Erstes Originalbild von der Wirbelsturm-Katastrophe auf Cuba

Dieses Trümmerfeld bezeichnet die Stelle, auf der vor der entsetzlichen Katastrophe die blühende cubanische Stadt Santa Cruz stand. 1700 Personen kamen allein in Santa Cruz durch den Tornado ums Leben, der Städte und Felder in eine trostlose Einöde verwandelte.

Breslauer Volksbühne, e. V.

Für die Nachmittags-Vorstellung am kommenden Sonntag im Lobe-Theater („Komödie der Irrungen") erhalten alle Mitglieder Gastkarten zum Preise von 95 Pfg. in der Geschäftsstelle, Schweidnitzer Str. 80. Für den Einführungsabend von Frau Emma Gillis und Frau Gertrud Grabowsky-Feltsch am Sonntag, den 27. d. Mts., 17 Uhr, in den Räumen des Frauenklubs, Tauentzienstr. 7, der neue Wege zu Stimmbildung und Stimmbehandlung nach der Methode von Dr. Paul Bruns-Berlin behandeln wird, erhalten die Mitglieder ermäßigte Karten zu 1 Mk. (statt 1,50 Mk.) in der Geschäftsstelle.

Kleine Sportnachrichten

Freie Schwimmer Breslau E. V., Frauenabteilung: Sonntag, den 27. November, Spaziergang, anschl. gemütl. Beisammensein. Treffpunkt 15 Uhr Endstation der Linie 17 (Bohrauer, Ecke Helmutstr.).

Die 1. Männer-Handballmannschaft trifft sich Sonntag um 8 Uhr am Sonnenplatz zum Fußballspiel gegen Stern A. H. Rotes Jersei mit langen Aermeln nicht vergessen.

Freie Kanu-Vereinigung, Breslau Wintersport! Die Technik des Schneeschuhlaufs. Ueber diesen Thema findet Sonnabend, den 26. 11., 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus ein Vortragsabend statt. Alle Anfänger und Bundesmitglieder sind dazu eingeladen.

Wintersportwarte der Vereine und Abteilungen: Sonnabend, 18.30 Uhr, findet eine wichtige Sitzung im Gewerkschaftshaus statt. Erscheinen aller ist wichtig.

Arbeiter-Rade u. Kraftfahrer-Bund „Solidarität" Ortsgruppe Brockau-Tschansch

Freitag, den 25. 11., 19.30 Uhr Versammlung b. Taube. — Sonnabend, den 26. 11., Kartoffel- und Heringspartie. Treffpunkt 20 Uhr b. Schneider in Dürrgoy. — Sonntag, den 4. 12., Besichtigung des Krematorium in Gräbschen. Treffpunkt 10.30 Uhr an der Endstation der Straßenbahn in Gräbschen. Besichtigungsgebühr 20 Pfg. Gäste können daran teilnehmen.

Achtung! Erwerbslose Holzarbeiter!

Dienstag, den 29 Novbr., früh 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, großer Saal: Erwerbslosen-Versammlung. Verbandsbuch als Ausweis mitbringen.

ORGANISATIONS-NACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien: Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telephon 567 66

Abt. Zimpel-Bischofswalde: Alle Genossinnen und Genossen, die sich am Sprechchor für den nächsten „Roten Abend" beteiligen wollen, erscheinen heute, 20 Uhr, bei Wittke, Zimpeler Straße.

Stadtteil Nord: Freitag, den 25. 11., 20 Uhr, findet im Heim 8, Hirschstr. 78, eine Distriktsfunktionärsitzung statt. Erscheinen ist Pflicht.

Die Stadtteilleitung.

Stadtteil Ost: Sonntag treffen sich alle Genossinnen und Genossen zur Landpropaganda bei Eichos. Fußgänger 8 Uhr. Radfahrer 8.15 Uhr. Alle Genossen müssen pünktlich erscheinen, damit die Aktion um 13 Uhr beendet sein kann.

PKG: Alle Kartenvertriebsleute rechnen Sonnabend, 16 Uhr, im Sekretariat oder spätestens Sonntag, 15 Uhr, in der Monistischen Gemeinde ab.

Sozialistischer Studenten-Verband: Freitag, den 25. 11., spricht Gen. Irmgard Rasch über Arbeitsbeschaffung um 20 Uhr in unserem Heim. Interessierte SJV-Genossen sind eingeladen.

Achtung! Stadtteilleitungen!

Bis Freitag 12 Uhr melden, wieviel Zeitungen am Sonntag, den 27. November, gebraucht werden.

Expedition der „Sozialistischen Arbeiterzeitung" Breslau.

Freidenkerfunktionäre der SAP und KPDO: Montag, den 28. 11., 19.30 Uhr, wichtige Fraktionssitzung bei Trocheils, Gellhornstr. 21.

Ortsgruppe Oels: Freitag, den 25. 11., Mitgliederversammlung im Volkshaus. Ref.: Gen. August Klose.

SJV

Sekretariat, Kl. Holzstr. 3. Sprechstunden Dienstag Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr

Sozialistisches Schülerkartell: Montag, den 28. 11., spricht um 19½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17, Gen. Mitschke über „Gasschutz?" Antwort an die Roßbachtruppe. Zimmer an der Tafel ersichtlich.

Monistische Jugend, Heim 1, Grünstr. 14/16. Heut, 19.30 Uhr, Unterhaltungs- und Liederabend. Gäste willkommen. Instrumente mitbringen.

Heim 2, Friedrich-Wilhelm-Str. 45. Heut, 19.30 Uhr, Brettspielabend. Gäste willkommen.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate Herbert Scholz Breslau. Verlag Max Rausch, Breslau. Lohndruck Th. Schatzky AG., Breslau Neue Graupenstraße 7.
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02.
Alle Zahlungen sind an [illegible] Walter Gebert, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto Nr. 102 92.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes
Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02

STADTTHEATER
Donnerstag, 20—22.45 Uhr
Idomeneo
Freitag, 20—gegen 22.30 Uhr
Mister Wu
Sonnabend, 20—gegen 23 Uhr
Der Zarewitsch

LOBETHEATER
Täglich 20.15—22.10 Uhr
Sonntag auch 15.30 Uhr
Komödie der Irrungen
Genossen Beachtet unsere Inserate!

GERHART-HAUPTMANN-THEATER
Donnerstag, 20.15—22.45 Uhr
Die Ratten
Freitag 20.15 (und täglich)
Gastspiel der „Vier Nachrichter"
Zum ersten Male!
Hier irrt Goethe
lit. Posse mit Gesang u. Tanz

Man kauft nur die guten und billigen
Landgraf Schuhe
Schmiedebrücke 2 — 1. Haus vom Ring

Wo decke ich meinen Bedarf?

ZENTRUM

Möbel Max Meinik Ohlauerstr. 53/54

Richard Pusch Ritter-Drogerie Messergasse Nr. 37 DROGEN - FOTO

Drogen Farben Foto **Matthias** Gartenstraße 10

Kauft bei Blasse! Blasse ist billig!
Kaufhaus Blasse nur Graupenstr. 5/10

Für 2.50 Mk. schon einen herrlichen Präsent-Korb bei **C. G. Müller** Delikatessen-Haus jetzt Neue Taschenstr. 1b gegenüb. d. Alhazar

Der Niedergang des deutschen Kapitalismus von Fritz Sternberg
Ladenpreis 9 Mark
Genossen u. Genossinnen der SAP erhalten nach wie vor das Werk für 4.50 Mk. Niemand versäume diese günstige Kaufgelegenheit. Bestellungen an die Expedition der SAZ, Breslau, Kleine Holzstraße 3.

Der Neueste
Alleinverkauf: Alfred Schlesinger Schmiedebrücke 13

OHLAUER TOR

Paul Scholz Kolonialwaren Klosterstr. 135

Bruno Sarembe Kolonialwaren, Mühlenfabrikate, Spirituosen Vorwerkstraße 78, Ecke Löschstraße

Joh. Hammerling Grünstraße 15, Ecke Palmstr. Edeka-Geschäft Kolonialwaren Weine Spirituosen

PAUL RUDOLPH Brüderstraße 45 Ecke Palmstraße Edeka-Laden Kolonialwaren Weine Spirituosen

Josef Thomas Inh.: Johannes Heisig / Mauritiusplatz 1/2 Edeka-Geschäft :: Kolonialwaren :: Feinkost

Hermann Schölzel Fahrräder / Motorräder / Reparatur-Werkstatt Klein-Tschansch Karl-Marx-Str. 93

Erich Freitag Karl-Marx-Str. 38 Edeka-Geschäft • Kolonialwaren Spirituosen • Weine Tabake • Pfl.

„Der proletarische Weg aus der Krise"
von Walter Fabian
Eine Broschüre, die jeder Genosse und jede Genossin lesen muß
Zu beziehen durch das Sekr., Kl. Holzstr. 3, und durch alle Funktionäre
Preis 5 Pfennig

Kritisches um Lunatscharski

Die kulturpolitische Arbeit der „SAZ" ist stets um eine marxistische Betrachtung von Hauptmanns Dichtung und Person bemüht gewesen. Sie hat eine Auseinandersetzung darum geführt und den Streit trotzdem wieder entfacht, weil heute noch die Linie des schwächsten Widerstandes der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie auf kunstpolitischem Gebiete liegt und die kritische Beurteilung gerade Hauptmanns zum Schulbeispiel für die ideologische Unklarheit des Proletariats in diesen Fragen geworden ist. Wir haben jedoch nicht erwartet, in diesem Falle auch in einen Gegensatz zu Lunatscharski zu geraten.

Lunatschatski hat in einem soeben erschienenen Artikel in der „Welt am Abend" Ausführungen gemacht, die Hauptmann eine um so größere Ehre antun, als sie vom marxistischen Standpunkt aus aufs schärfste zu verdammen sind. Da heißt es: „Deutschland feiert" (und beinahe im Tone des Bedauerns) „wenn auch nicht einmütig, den 70. Geburtstag seines größten Dichters." Und auf diesen, im bürgerlichsten Jargon gehaltenen Satz: „Wilhelm II. nannte Hauptmann einen Vergifter des deutschen Geistes. Er verfolgte ihn und schadete ihm, wo er nur konnte. Das kann für die Bewertung des Dichters als ein grobes Plus gebucht werden." Wilhelm II. fügen wir hinzu, verlieh dem Dichter den Roten Adler-Orden, der Kronprinz sah sein früheres Verhalten gegen ihn als ein Unrecht ein, und ein Vertreter jener Kreise, die Hauptmann in der Figur des Junkers Wehrhahn trefflich gezeichnet hat, hat ihm in diesen Tagen bedenkenlos die Goldene Medaille überreicht. Mit einem sicheren Gefühl für Hauptmanns soziologische Stellung, wie wir Lunatscharski sagen müssen. Denn daß die herrschende Klasse die Kunst des Gegners anerkenne, dürfte auch er nicht meinen.

Aber es fällt dem Volkskommissar der USSR gar nicht ein, Hauptmann marxistisch zu begreifen. Er sieht einen psychologischen Charakterzug in dem Dichter, eine „innere und äußere Vorsicht", womit er den Naturalisten und „Phantasten", aber auch den „Halbkritiker der bürgerlichen Gesellschaft" erklärt. Daß Lunatscharski mit seiner Psychologie nicht weit kommen kann, leuchtet jedem Marxisten ein, und so liest man gleich darauf auch: „Was die äußere Vorsicht anbelangt, muß man zugeben" (!), daß der Dichter nicht immer diese Linie gewahrt hat. Manchmal wurde er verwegen. Diese Verwegenheit kommt z. B. in den „Webern" und einigen anderen Werken zum Ausdruck"; Lunatscharskis Geschichtsbetrachtung endet in ein „verwegenes" Rätselraten!

Er vernimmt das „Stöhnen des Dichterherzens", meint, daß sich Hauptmann „wegen der typischen Vertreter der zeitgenössischen Kapitalisten qualvoll windet" und begrüßt ihn als den Dichter der wirklichen (!?) Humanität und des Mitleids, das, wie wir oft gesagt haben, nichts anderes als das „werktätige Mitleid" ist, das mit Armensuppen und Wärmstuben, mit Winterhilfe und charitativer Nächstenliebe den Sieg der sozialen Gerechtigkeit gewährleisten soll. Hauptmann heißt es in dem Artikel, ist „ein großer Mensch, ein großer, dichterisch wirklich begabter Mensch, wirklich human, der oft tief an seiner Umwelt litt". Und nach einem Lobgesang auf sein letztes, privatestes Drama „Vor Sonnenuntergang": „Mag die Bourgeoisie Hauptmann noch so sehr mit ihrem Lob auszeichnen — wenn wir auch nicht die Möglichkeit haben (!) von ihm zu sagen: ‚Er gehört zu uns', so müssen wir der Bourgeoisie zurufen: Ihr lügt — er gehört auch nicht zu Euch!" Das ist dieselbe Kunstsimpelei, die wir schon am reformistischen Standpunkt kritisiert haben, und die dazu geführt hat, daß Rechts und Links in einer sonderbaren Volksgemeinschaft dem Dichterjubilar die Reverenz erwiesen haben. Einige Worte darum zur Klarstellung.

Hauptmanns Dichtung ist ein interessanter Gegenstand für eine kritische Betrachtung des soziologischen Faktors „Kunst" und einem steten Wandel unterworfen gewesen. Wir haben jedoch stets betont, daß zwischen dem frühen und späten Hauptmann kein wesentlicher Unterschied besteht, der eine hat sich zum anderen organisch fortentwickelt. Es heißt schon die „Weber" mißverstehen, wenn man von einer Wandlung Hauptmanns vom revolutionären zum bourgeoisen Künstler spricht. Die „Weber" bezeichnen nur den Punkt, an dem der Dichter mit vielen anderen bürgerlichen Künstlern auf Grund der Uebergangskrise der achtziger Jahre zur herrschenden Klasse in einer gewissen Opposition stand. Literarisch äußerte sich diese Opposition in einem entschiedenen Protest gegen die verniedlichende, prunkhafte oder geistreichelnde Literatur der Gründerzeit und brachte die Künstler nun darum in eine Nähe zur Arbeiterbewegung, weil sie in deren Kampf eine verwandte Form der eigenen Opposition erblickten. Dennoch unterschieden sie sich von der Arbeiterklasse schon, weil ihre Gegnerschaft nicht dem gesellschaftlichen System selbst, sondern seinen Auswüchsen galt, als die man die immanenten Widersprüche der Gesellschaft empfand. Die „Weber" sind als historische Kopie eher eine Flucht Hauptmanns in die Vergangenheit und ein Umgehen des Zwanges zur Darstellung der modernen Formen der Ausbeutung und des proletarischen Befreiungskampfes gewesen. Das beweist nichts gegen ihre beispiellose künstlerische Kraft und ihre revolutionäre Wirkung in einer Zeit, in der das Bürgertum gegen die letzten Reste des Feudalismus noch mit dem Proletariat gemeinsam kämpfte. Zum mindesten als tapfere Wirklichkeitsgestaltung konnten die „Weber" auch für die Arbeiterbewegung eine Bedeutung erhalten. Ideologisch war das Drama bürgerlich, wie auch Hauptmann der bedeutendste Dichter des liberalen Bürgertums war und ist.

Gerade in den späteren Jahren hat sich dann Hauptmann menschlich privaten Themen zugewandt und ein konservatives Drama geschrieben, dessen Reiz seine „revolutionäre" Vergangenheit wurde. Aber hier erst recht zeigt sich, wie Hauptmann mehr und mehr den gesellschaftlichen Hintergrund vermied. Die bei den Klassikern und modernen Naturalisten wie Ibsen sichtbare gedankliche Tiefe und gesellschaftliche Ausweitung der privaten Themen Liebe, Ehe usw. fehlte. Der dem gesellschaftlichen Zusammenhang entrissene Stoff wurde mystifiziert oder erschien als ein dem „Schicksal" unterworfener Einzelfall, dessen künstlerischer Ausdruck nur insofern eine gewisse Allgemeingültigkeit und Wirksamkeit erhielt, als diese Form der Flucht ins Schicksalhafte und Privat-Menschliche eine für die herrschende und ihrem Niedergang hilflos gegenüberstehende Klasse allgemeine ist. Hinzu kommt Hauptmanns unzweifelhaft hohe künstlerische Begabung und Erlebnisfähigkeit, die den Eindruck einer echten, dichterischen Kraft hervorruft. Die Naivität, mit der der Dichter den gesellschaftlichen Problemen gegenübersteht, tut seiner Wirkung um so weniger Abbruch, als sie für die bürgerliche Klasse typisch ist und bei Hauptmann durch eine starke dichterische Ursprünglichkeit verdeckt wird. Die beispiellose Ehrung des Dichters des gegenwärtigen bürgerlichen Deutschland ist also zu verstehen, bedauerlich ist nur, daß es auch im proletarischen Lager Köpfe gibt, die von diesem Taumel trunken geworden zu sein scheinen. Die revolutionäre Arbeiterschaft würdigt die historische Leistung und elementare künstlerische Kraft des Dichters Hauptmann und seine Bedeutung in der Geschichte der bürgerlichen Kunst. Einen Grund, ihn als den Ihrigen zu feiern, hat sie nicht.

E. K.

Ohne Geld durch Südamerika

Erlebnisse von Erich Türpe

2) (Nachdruck verboten.)

Der Große Jagdgrund

Aber der Gran Chaco führt auch den Namen Großer Jagdgrund zu Recht. Denn von dem Reichtum dieser Tierwelt kann sich der, der es nicht selbst gesehen hat, nur schwer einen Begriff machen.

Da sind, neben Papageien und zahllosen anderen Vogelarten, die Reiher. Die Silberreiher (Garza blanca) und vor allem die kleinste Art, die Mirasol, sind die wertvollsten, denn ihre Federn werden sehr hoch bezahlt. Diese Reiher sind sehr scheu, halten sich meist an Esteros (Lagunen, Sümpfen) auf und sind daher nur sehr schwer zu jagen. Ich habe nur wenige erlegen können. Aber ich hatte doch Glück, weil ich einige Nistplätze aufstöberte und dort ein paar Federn fand, die sie verloren hatten. Der Erlös war ganz erklecklich.

Ich kam nämlich, das muß ich nun wohl endlich berichten, zuerst als Jäger in den Gran Chaco. Es war zu einer Zeit, in der ich wieder mal gar keinen Ausweg aus meinen Schwierigkeiten wußte.

Ein Oesterreicher hatte mir berichtet, daß er vor Jahren im Chaco einen großen Schilfsee, eine Lagune, entdeckt hatte, wo er Nutrias (Sumpfbiber) und Carpinchos (Wasserschweine) gefangen, auch Reiherfedern gefunden hatte. Da diese Lagune am Wege nach Paraguay lag, fuhren wir, drei Kameraden und ich, über Vera Colemena La Sabana bis zur Endstation Resestencia, eine Strecke von 700 Kilometern — natürlich wie bisher als blinde Passagiere in Güterzügen. Dabei wurden wir häufig vom Zuge heruntergeholt. Das war besonders unangenehm, denn auf dieser Strecke hatten wir auf diese Weise unzählige lange Holzbrücken, die weite Sümpfe überspannten, zu Fuß zu nehmen. Die Ueberquerung solch einer Brücke war jedesmal mit großer Lebensgefahr verbunden. Denn wenn ein Zug angebraust gekommen wäre, hätte für uns nur die eine Möglichkeit bestanden, in den Sumpf zu springen, um nicht die Räder des Zuges über uns gehen zu lassen. Die Brückenbauten waren derart primitiv, daß irgend ein Ausweichen nicht in Frage gekommen wäre — wir hätten wahrscheinlich elend im Sumpf zugrunde gehen müssen.

Es war das nicht die einzige Gefahr, die uns auf unserer Reise bedrohte. Bei diesen Fußwanderungen stießen wir häufig auf große Züge Wanderameisen, die alles, was sich ihnen in den Weg stellt, überlaufen. Geriet ein Mensch unerwartet in eine solche Herde, so mußte er noch sehr, überhaupt auf dem Leben davon zu kommen. Dringen diese Tiere bis ins Gesicht vor, so muß der Mensch erblinden.

Endlich kamen wir in Resestencia an. Wir hatten gerade noch genügend Geld, um uns Reitpferde, ein Packpferd, Waffen und Eisenfallen kaufen zu können, und so ausgerüstet ritten wir durch den Chaco, durch Pampas und Waldinseln. Unterwegs hatten wir viel Gelegenheit, den Reichtum des Großen Jagdgrundes kennenzulernen. Alle Arten von Schlangen gibt es da, Klapperschlangen, Korallenschlangen, Wasserschlangen, die bis fünf Meter lang werden. Dann Hirsche, Rehe, Wildschweine, Nasenbären und Waschbären, Wild- und Tigerkatzen, Pumas und Jaguare.

Nach zwei Tagen erreichten wir die Salzlagune und bauten uns hier eine Hütte. Die Eisenfallen wurden aufgestellt, um Nutrias zu fangen, wir schossen Carpinchos und anderes Wild wie Hirsche, Rehe, Wildschweine und Nasenbären, enthäuteten die Jagdbeute, spannten die Felle auf und ließen sie an der Sonne trocknen. Nach vierzehn Tagen, als uns Kaffee, Zucker und Zigaretten ausgingen, stellten wir das Jagen ein und ritten, mit Fellen reich bepackt, nach Resestencia zurück, wo alles verkauft wurde. Mit dem Erlös konnten wir in einer schweizer Fonda Quartier nehmen, und so verlebten wir einige frohe Tage.

Nach dieser Pause setzten wir mit unseren Pferden über den Fluß Parana nach der Provinz Corrientes. Als Ziel faßten wir Posedas ins Auge, die Grenzstadt Argentiniens, die wir nach nach allerhand Schwierigkeiten glücklich erreichten. Wir hatten den Plan, uns als Kolonisten in der eine Tagesreise entfernt liegenden großen Urwald-Kolonie anzusiedeln, wo wir günstig Land zu erwerben hofften. Aber es stellte sich heraus, daß unser Geld doch nicht so weit reichte. So verweilten wir etwa 14 Tage in Posedas, verkauften schließlich unsere Pferde, die uns noch den Gestehungspreis erbrachten, obwohl sie tüchtig ausgehungert und abgemagert waren.

(Fortsetzung folgt.)

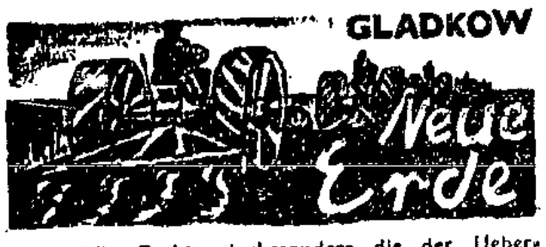
Das Buch

Axel Eggebrecht: Junge Mädchen. (Verlag Dietrich Reimer, Berlin. Preis 4.80 Mk.)

Das Schönste an diesem Buch sind die Bilder der berühmten Photographin Hedda Walther: 32 Aufnahmen von jungen Mädchen, Köpfe, Gesichter, Gestalten — beim Sport, bei der Arbeit, in der Ruhe. Diesen Versuch, das vielfältige Bild des jungen Mädchens unserer Tage einzufangen, unterstützt mit dem Wert der Schriftstellerei Axel Eggebrecht: durch kurze Erzählungen, Wiedergabe kleiner Erlebnisse, ein paar Tagebuchaufzeichnungen und analysierende Erklärungen des Seelenlebens der Dreizehn- bis Achtzehnjährigen. Manches ist ausgezeichnet gesagt, anderes wirkt gezwungen und ein wenig geschraubt — im Ganzen kann es nicht mehr als ein Versuch, ein Beitrag zu dem unendlich komplizierten, eben überhaupt nicht ganz in Worte zu fassenden Problem einer großen, in sich so verschiedenen Menschengruppe sein. Anerkennenswert bleibt auch dort, wo wir nicht rückhaltlos zustimmen können, die saubere, vorwärts gerichtete Gesinnung des Verfassers.

W. F.

Werbt Abonnenten



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten
Copyright 1932 by

17) Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Den Vorsitz führte eine ältere Frau mit einem abgearbeiteten Gesicht. Die Stirne war wie eine Harmonika in tiefen Falten, eine kummervolle Stirne, wie man sie auf Heiligenbildern sieht. In den Augen ein nicht bewältigter, müder Frauengedanke. Sie ist aber streng und energisch wie eine Schwiegermutter, streckt die Brust heraus, wirft den großen Kopf in den Nacken, schlägt mit den Händen auf die Hüften, in ihrem Gesicht ist männliche Entschlossenheit. Sie ist die Frau eines Kommunars, eines der Organisatoren der Kommune, eines gewesenen Partisanen. Zum Unterschied von den anderen wird sie mit dem Familiennamen angesprochen: Tschuschkina. Neben ihr saß die schwangere Natascha, eine Jungkommunistin. Sie stützte mit den Armen ihre starken Brüste, blickte mit dem lauernden kaum bemerkbaren Lächeln einer Schlange in den Saal, auf die Frauen. Ueber ihrem Leib und ihren Hüften spannte sich schon der Rock. Sie schien den Bauch mit Absicht hervorzustrecken, als prahle sie mit ihm, als wolle sie die verheirateten Frauen mit ihrer Mädchenkühnheit reizen: ja, schaut nur, wie rücksichtslos ich eure uralten Vorurteile zerstöre! Die Mädchen sind nicht mehr jungfräulich, und die Schwangerschaft ist nicht allein euer Vorrecht. Und trotz ihrer Schwangerschaft, die ihren Leib zu einem Knäuel zusammenschnürte, benahm sie sich wie eine Auserwählte; mir schien sie sehr verliebt in sich, als hielte sie sich in ganz egoistischer Weise für glücklicher als alle, stärker als alle, und glaubte etwas erreicht zu haben, was noch niemand erreicht hatte.

Die Tschuschkina erhob sich, blickte die Frauen verärgert an und lächelte dann ganz unerwartet.

„Nun, ihr Frauen, legt los. Als wir im Dorf Tag und Nacht keine Ruhe kannten, schwiegen wir über unsere furchtbare Lage und schleppten unser Bündel Unglück weiter. Jetzt kann uns kein Teufel mehr den Mund stopfen, weder mit der Faust noch mit dem Bart, noch mit dem Stock. Redet also frisch von der Leber weg!"

Langsam setzte sie sich wieder, und als sie sich gesetzt hatte, schrie sie mit zänkischer, grober Stimme laut:

„Genug geflüstert, Weiber! Los! Wer Lust hat, soll reden!"

Alle schwiegen, duckten sich, saßen scheu und entfremdet da, blickten uns finster, verstockt und in ihrer Verbohrtheit verharrend an.

Die Mädchen sprangen als erste von ihren Sitzen. Rot vor Erregung brannten ihre Augen heiß.

Glascha, eine Jungkommunistin, groß, muskulös, ein Gesicht wie eine Kalmükin, mit kurzem Haar, ein grünes Kämmchen darin, trat an den Tisch und schrie in den Saal:

„Wir haben schon lange an eine Krippe gedacht. Schon längst warten wir auf ihre Gründung und überlaufen seit Monaten schon das Gesundheitskommissariat in der Stadt."

Aus den Gruppen der Frauen schwang sich unter höhnischem Gelächter ein lauter Zwischenruf in die Luft:

„Bist du ungeduldig wegen der Krippe, Glascha? Am Ende erwartest du gar ein Kind?"

Glascha warf den Kopf in den Nacken und schrie grob:

„Und wenn schon! Mir hat niemand verboten, ein Kind zu kriegen. Wenn es mir paßt, bringe ich eine ganze Horde von Kindern zur Welt! Ich lebe doch nicht im Dorf: ich werde meinen Säugling nicht abwürgen, meine Tür schmiert niemand voll Teer. Ich werde mir auch keinen Abort machen lassen, wie ihr. Und jetzt rate ich euch: genug Blödsinn gequatscht!"

Eine ungeduldige Stimme seufzte mit gemachtem Kummer auf, ging aber dann los, um die Frauen zu necken.

„Glascha, du sagst: Gleichberechtigung für die Mädchen. Die Weiber sind aber neidisch. Sie werden uns umbringen. Warum ist es für ein Mädchen eine Schande, ein Kind zu bekommen? Und warum für die Weiber eine Ehre?! . . . Alle müssen in eine Kategorie eingereiht werden, ob Frau oder Mädchen ist Nebensache."

Lachen ertönte aus den Reihen, die Frauen wurden wütend, und Glascha schrie weiter grob und gellend in den Saal hinein:

„Ich habe euch doch eben gesagt, Mädchen: ihre Bauerngesetze passen nicht für uns. Sie haben sich selbst geprügelt. Von der Küche sind sie fort, Wäsche waschen sie nicht mehr, und als die Kinder nirgends unterzubringen waren — es gab noch keine Krippen — da wollten sie keine Kinder mehr kriegen. Schaut einmal nach, wieviel Frauen sich Aborte machen, wieviel krank darniederliegen. Warum sind zwei junge Weibsbilder gestorben? Haltet lieber den Mund. Sie haben mit den Kindern die Hände voll . . . sie werden die Sprößlinge schon herbeischleppen, seid nur ruhig."

Mit festen, männlichen Schritten ging sie wieder an ihren Platz.

Das war keine gewöhnliche Versammlung mit strenger Tagesordnung, mit ruhigem Auftreten der Redner, mit einer disziplinierten Hörerschaft. Die Vorsitzende leitete gar nicht die Sitzung: die Frauen waren noch der Arbeit gekommen, alte und junge Frauen. Die Mädchen drängten sich in einen Haufen zusammen und quatschten über ihre Weiberangelegenheiten. Jeder, der wollte, ging nach eigenem Gutdünken an den Tisch. Und auch in den Gruppen der Frauen wurde eine lebhafte Unterhaltung geführt, sie flüsterten, stritten, lachten. Die Tschuschkina rief niemand zur Ordnung. Es schien, als freue sie sich, daß die Frauen so frei, so ganz wie zu Hause über die neuen Ereignisse in ihrem täglichen Leben redeten: über die Veränderung der alten Bauerngewohnheiten, über die kommenden Tage, vor denen sie Angst hatten und die sie aufregten. Die Frauen fuhren die Mädchen feindlich an, die Mädchen wehrten sie lustig spottend ab. Die jungen Frauen bildeten eine besondere Gruppe, sie sonderten sich sowohl von den älteren Frauen als auch von den Mädchen ab. Aber zwischen ihnen und den Mädchen war eine intime Nähe zu spüren. Aeltere Frauen gab es nicht viele, und sie fühlten sich auch fremd. Einige von ihnen saßen aufgeblasen da wie Eulen, blickten die Jugend und die schwangere Natascha bös und verstockt an. Natascha aber sah stolz da, unabhängig, schweigend, als wäre sie mehr als alle und weiser als alle. Sie sah in die finsteren Augen und die abgearbeiteten Gesichter der Frauen, sie bemerkte sie aber voller Geringschätzung nicht.

Aus der Frauengruppe trat eine Frau mit einem ebenso abgearbeiteten Gesicht wie die Tschuschkina an den Tisch. Sie duckte sich fröstelnd zusammen und sah mich feindselig und heimtückisch an. Die Winkel ihres fahlen, schmalen Mundes waren tief hinuntergezogen. Ich habe die Beobachtung gemacht, daß solche Mundwinkel nur Frauen haben, die von jemand fürs ganze Leben gekränkt worden sind.

„Sagt mir mal folgendes, meine Lieben, ja? Diese Krippe hier . . . Ich habe ein Kind . . . wie ist das zu verstehen? Ich hab mein Kind gehegt und gepflegt, und jetzt soll ich's von mir reißen? Wie ein Katzenjunges, wie ein nutzloses Ding soll ich's einfach weggeben? Was ist das für eine Ordnung, wo man den Müttern die Kinder wegreißt? He? Nein, niemals im Leben geb ich sie weg. Wer ist verantwortlich, wenn sie sterben? Jede Mutter ist doch um ihr Kind besorgt. Die Wjetrowa, die ist nicht hergekommen. Die Wjetrowa ist nicht so ein Schaf wie wir alle: sie wird jedem in die Fresse hauen, der ihre Kinder auch nur anrührt. Nun . . . bin ich ärger als die Wjetrowa? ‚Ihr seid,' sagt sie, ‚Kommunarinnen, bolschewistische Herrinnen . . . Ihr seid dazu verpflichtet . . . ich zerstör mein Heim nicht. So ist sie! Nun, und sie darf es . . . und wir dürfen es nicht?! Woher ist diese Kurzhaarige da gekommen? Wer ist sie? Was kann die den Kindern schon beibringen? Wir haben genug von unseren eigenen frechen Mädels. Sie fürchten weder Gott, noch schämen sie sich vor den Menschen."

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaften und Unorganisierte

Arbeiter- und gewerkschaftsschädigende Politik reformistischer Gewerkschaftsführer

Die Stellung der Gewerkschaften zu den unorganisierten Arbeitern war, seit es Gewerkschaften gibt, immer eines der wichtigsten Probleme der Arbeiterbewegung. Die Unorganisierten sind einerseits Klassengenossen, Ausgebeutete des Kapitals, genau so wie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Von diesem Gesichtspunkt gesehen, muß jeder klassenbewußte Gewerkschaftler trotz ihres die Gewerkschaften hemmenden Verhaltens auch für die Unorganisierten eintreten, auch ihre Interessen gegenüber dem Klassenfeind, dem Unternehmer, vertreten. Aber die Unorganisierten sind, wenn gewiß auch in ihrer großen Mehrzahl ungewollt und vielfach unbewußt, eben durch ihre Nichtorganisiertheit Helfer des Kapitals. Sie erleichtern dem Unternehmer die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter und schädigen so durch ihr Verhalten die Arbeit und die Anstrengungen der Gewerkschaften.

Diese doppelseitige Rolle der Unorganisierten hat schon sehr früh in der Gewerkschaftsbewegung die Frage aufgeworfen, ob es nicht besser wäre, die Unorganisierten für ihr Verhalten zu „bestrafen", sie waren nur schmarotzerische Nutznießer der gewerkschaftlichen Errungenschaften und deshalb müsse man es grundsätzlich ablehnen, sich für ihre Interessen einzusetzen.

Diese falsche, da und dort immer wieder auftauchende Auffassung wurde früher in der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung stets abgelehnt und zwar mit folgender, sehr richtigen Argumentation:

1. Selbst wenn man die Unorganisierten „bestrafen" und nicht auch für ihre Interessen eintreten wollte, so wäre das ohne gleichzeitige Schädigung der Gewerkschaften und der Gewerkschaftsmitglieder gar nicht möglich.

2. **Die Gewerkschaften müssen zum erfolgreichen Kampf alle Arbeiter haben und sie müssen daher durch ihr Beispiel, durch die sichtbaren Ergebnisse ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet der Verbesserung von Lohn- und Arbeitsbedingungen die Unorganisierten von der Notwendigkeit und Nützlichkeit der Gewerkschaften überzeugen. Auch daß man sich trotz ihres gewerkschaftsschädigenden Verhaltens auch für die Interessen der Unorganisierten einsetzt, gilt es, sie für die Gewerkschaften als Mitglieder zu gewinnen.**

Durch ihre Tätigkeit in diesem Sinne sind die Gewerkschaften groß und stark geworden, haben sie allmählich die Millionen von unorganisierten Arbeitern als Mitglieder gewonnen. Und man hätte es bis vor kurzem wohl kaum für möglich gehalten, daß diese, durch jahrzehntelange Erfahrungen erledigte Frage, erneut von führenden Gewerkschaftlern aufgerollt und in der oben geschilderten falschen Frontstellung gegenüber den Unorganisierten beantwortet würde. Dem ist aber leider so.

In letzter Zeit beschäftigen sich SPD- und Gewerkschaftsblätter sehr stark mit der Frage der Unorganisierten. Im „Vorwärts" vom Sonntag, den 20. November, wird in einem großen Artikel unter der Ueberschrift: „Die Unorganisierten — der Feind, den wir am tiefsten hassen" dazu Stellung genommen. Zwar sieht der Artikelschreiber im „Vorwärts" nach den Worten in der Arbeitermarseillaise „den Feind . . . im Unverstand der Massen", aber die Ueberschrift mit diesen Worten muß sofort jeden Unorganisierten abstoßen, statt ihn zu überzeugen. Sie zeigt, mit welch falschen Methoden die SPD-Führer an das Problem herangehen. Dementsprechend ist auch der ganze Artikel viel weniger eine Mitglieder-Werbung für die Gewerkschaften — obwohl das der angebliche Zweck sein sollte —, als eine „Beweis"führung, was für schlechte Kerle die Unorganisierten seien.

Die ganze arbeiter- und gewerkschaftsschädigende Einstellung der SPD- und reformistischen Gewerkschaftsführer kommt jedoch in einer am 16. November im „Vorwärts" erschienenen Notiz zum Ausdruck. Unter der Ueberschrift:

„Achtung, Drückeberger!
Kein Tarif für Unorganisierte"

wird da über die Generalversammlung des Fabrikarbeiterverbandes Berlin berichtet. Es heißt da u. a.:

„Genosse Rücker (der Berliner Bevollmächtigte des FAV) teilte den Generalversammlungsdelegierten den Beschluß der Ortsverwaltung mit, für die Industrien keine Tarife mehr abzuschließen, deren Arbeiterschaft schlecht organisiert ist, zum Teil sogar in offener Feindschaft zu den freien Gewerkschaften steht, die Errungenschaften der Gewerkschaften jedoch gern für sich in Anspruch nimmt. In Konsequenz dieses Beschlusses hat die Ortsverwaltung den Tarif für die Batterie- und Elementenbranche gekündigt, um eine tariflose Zeit herbeizuführen."

Ist eine borniertere, dem Klassen-Kampf feindlicher gegenüberstehende Haltung denkbar, als sie hier von der Gewerkschaftsführung zum Ausdruck gebracht wird? Wohl kaum. Die Folge dieser Stellungnahme kann doch nur sein, daß die wenigen Gewerkschaftsmitglieder in den „bestraften" Betrieben auch noch verloren gehen und daß weiter dann von den so „tariflos" gemachten Betrieben so Schmutzkonkurrenz und bei eventuellen Streiks in anderen Betrieben Streikarbeit geleistet wird, daß die Tarife und Löhne auch in den übrigen Betrieben nicht mehr gehalten werden können.

Wir haben uns gewiß stets dafür eingesetzt, daß sich alle Arbeiter den Gewerkschaften anschließen müssen und daß die Phrasen vom „revolutionären Unorganisierten" gefährlichen Unsinn darstellen. Aber trotzdem muß man erkennen, daß es vor allem die Schuld der falschen reformistischen Gewerkschaftspolitik, das ständige Zurückweichen vor dem fortgesetzten Lohnabbau ist, wenn so viele Arbeiter die Gewerkschaften verlassen und die Zahl der Unorganisierten immer größer wird. Die unfähigen reformistischen Gewerkschaftsführer aber wollen ihre Schuld auf andere abwälzen und sind nun drauf und dran, zu ihrem bisherigen verderblichen Verhalten eine noch größere Schädigung der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften selbst zu begehen.

Das müssen die Gewerkschaftsmitglieder mit allen Mitteln verhindern.

Die umgekehrte Lehre muß aus den traurigen Folgen der bisherigen Politik gezogen werden. Nicht Abbau der Gewerkschaftstätigkeit, sondern die Unorganisierten müssen durch verstärkte Kampftätigkeit der Gewerkschaften gewonnen bzw. zurückgewonnen werden. Heute mehr denn je gilt der schon von Rosa Luxemburg aufgestellte Grundsatz:

„Die Gewerkschaften können, wie alle Kampforganisationen des Proletariats, sich selbst nicht auf die Dauer anders erhalten als gerade im Kampf, und zwar nicht im Sinne allein des Froschmäusekrieges in den stehenden Gewässern der bürgerlich-parlamentarischen Periode, sondern im Sinne heftiger revolutionärer Perioden des Klassenkampfes."

Baugewerksbund und FAD

Die „zusätzliche" Arbeit des freiwilligen Arbeitsdienstes

Obwohl wir schon einige Male uns mit der Stellungnahme des Baugewerksbundes zum FAD an dieser Stelle beschäftigen mußten, ist es doch angebracht, immer und immer wieder auf die Wirkungen des Beschlusses des Vorstandes und Beirates des Deutschen Baugewerksbundes hinzuweisen; der da sagt: „durch die Entwicklung der Verhältnisse und anderer Umstände gezwungen, bleibt nunmehr auch — allerdings unter strenger Betonung, der prinzipiellen Ablehnung dieser Einrichtung — dem deutschen Baugewerksbund nichts anderes übrig, als sich beim freiwilligen Arbeitsdienst ebenfalls einzuschalten, damit die Bauarbeiter nicht vollständig unter den Schlitten geraten, vor allem auch um die Auswüchse dieser Arbeitsmethode besser bekämpfen zu können."

Dieser hier schon zitierte Beschluß wird in seiner katastrophalen Auswirkung für die Bauarbeiter am nachdrücklichsten von der Leitung des Baugewerksbundes selbst in der letzten „Gewerkschaftszeitung" vom 19. d. M. wenn auch ungewollt, widerlegt. Dort wird unter dem Titel: „Einengung des Arbeitsmarktes im Baugewerbe" zunächst einmal auf die dritte Notverordnung vom 6. Oktober 1931 hingewiesen, in welcher „die Arbeiten zur Aufschließung des Geländes und zur Errichtung der notwendigsten Baulichkeiten" als gemeinnützig und zusätzlich im Sinne des § 139a des Arbeitslosenversicherungsgesetzes bezeichnet werden. Mit dieser Verordnung ist den Bauarbeitern, wie die Praxis zeigt, nicht nur ein beachtlicher Teil ihres Arbeitsmarktes für den FAD beschlagnahmt, sondern auch den Gemeinden die rechtliche Möglichkeit gegeben, die Fürsorgepflicht auf Grund der Fürsorgepflicht-Verordnung auf die Facharbeiter beim Siedlungsbau auszudehnen.

Wie diese Notverordnung — von der Sozialdemokratie toleriert — gerade auf die Bauarbeiter wirkt, zeigt folgende Zusammenstellung eines Umfrageergebnisses des Baugewerksbundes:

„So wurde in der Amtshauptmannschaft Zittau durch 8 Maurer und 72 Hilfsarbeiter im Wege des FAD eine Badeanstalt im Werte von 350 000 RM. errichtet. — In Memmingen müssen Baufacharbeiter im Fürsorgepflichtarbeitsverhältnis die Hallhofschule umbauen. Ueberhaupt ist es zur landläufigen Erscheinung geworden, bei Errichtung von Siedlerstellen Baufacharbeiter im FAD oder als Fürsorgepflichtarbeiter zu beschäftigen. — So arbeiten u. a. an den Siedlerstellen in Bemerode unter 1010 Beschäftigten 208 Baufacharbeiter im FAD und 350 Baufacharbeiter als Fürsorgepflichtarbeiter. — In Gladbeck läßt die Gemeindeverwaltung ihre Anlagen und Baulichkeiten auf diesem „nicht mehr ungewöhnlichen Wege" sauber und fein in Ordnung bringen. Diese Gemeinde beschäftigt 65 Baufacharbeiter im FAD und 52 als Fürsorgepflichtarbeiter. — In Münster werden Hochbauten im Wege des FAD ausgeführt. Unter 200 Arbeitsdienstlern befinden sich dort 120 Baufacharbeiter. Im Gebiet des Landesarbeitsamtsbezirks Hessen stehen bei Frankfurt a. M. unter 1370 an der Errichtung von Siedlungen Beschäftigten 470 Baufacharbeiter und 474 Hilfsarbeiter im FAD. — In München befinden sich bei der Errichtung von 400 Siedlerstellen unter 1400 Beschäftigten 400 Baufacharbeiter im FAD. — In Heidelberg werden an 156 Siedlerstellen 102 Baufacharbeiter, in Mannheim unter 457 Arbeitern am Siedlungsbau 198 Baufacharbeiter im FAD beschäftigt."

Die Auswirkungen dieser systematischen Verbreitung des FAD führt zu gleicher Zeit zu einem ungeheuren Lohndruck der Bauarbeiter. Abzüge „von 10, 20 und sogar bis zu 30 Pfg. je Stunde sind keine Seltenheiten mehr; für schwerste Erdarbeiten werden Stundenlöhne bis herunter zu 30 Pfg. bei 7stündiger Arbeitszeit gezahlt." Das ist der Baugewerksbund gezwungen festzustellen. Außerdem ist nach den gleichen Feststellungen im Hochsommer d. Js. der „günstigste" Beschäftigungsgrad etwa 23 vom Hundert der vorhandenen Bauarbeiter gewesen.

Obwohl also der Baugewerksbund anerkennen muß, daß der FAD „ein Institut zur Rechtlosmachung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist, und zur Steigerung der jetzt schon unerträglichen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe" zwangsläufig führt, werden

statt die gesamte Arbeiterschaft und vor allem sämtliche Bauarbeiter dagegen zu mobilisieren und diesen FAD mit allen Mitteln zu verhindern,

keine anderen Schlußfolgerungen gezogen als der echt reformistische Hinweis auf die Worte des Reichspräsidenten im Juli dieses Jahres, wonach bei den Maßnahmen der Papenregierung der „Lebensstandard des Volkes und die sozialen Rechte der Arbeiterschaft" erhalten bleiben sollen.

Wir sehen also, eine vollkommene Ohnmacht der Führung des Baugewerksbundes den Auswirkungen des FAD gegenüber. Es gibt für die Mitglieder nur einen Weg und der besteht in der Verjagung dieser Führung, die nachgerade die Organisation in den Abgrund treibt. Zum anderen ist das oben zitierte Untersuchungsergebnis eine Bestätigung unserer bisher eingenommenen ablehnenden Haltung gegenüber dem FAD keine „Einschaltungsversuche", sondern konsequenter Kampf dem kapitalistischen System muß die Parole, durch unsre systematische Arbeit, der Gewerkschaften werden. Hegla.

Achtung! Neuköllner, Berliner!

Die neue Spieltruppe des SJV Neukölln, „Graue Truppe", gestaltet Sonntag, den 27. November, einen Abend aus mit dem Thema:

Hoppla, wir leben!

im Sporteck, Donau- Ecke Erkstraße. — Kommt alle! — Eintritt 15 Pf.

Zum Lohnkonflikt in den Adlerwerken

Zu der von uns gestern gemeldeten Verhinderung des Streiks in den Adlerwerken Frankfurt wird uns ergänzend berichtet:

Die Belegschaft nahm zunächst, gemäß ihrem Streikbeschluß, die Arbeit am vergangenen Samstag nicht auf, ging aber in den Betrieb und übte passive Resistenz, die hundertprozentig durchgeführt wurde. Die Direktion erklärte im Laufe des Vormittags dem Betriebsrat, wenn die Belegschaft die Arbeit ab Montag nicht aufnehmen würde, und zwar zu den von dem Schlichter geschaffenen Bedingungen, würde sie ab diesem Tage den Betrieb schließen und erst dann wieder aufmachen, wenn die Arbeiterschaft sich bereit erklären würde, unter den nun vorliegenden gesetzlichen Bedingungen wieder zu arbeiten.

Würde aber die Belegschaft ab Montag die Arbeit aufnehmen, wäre die Direktion bereit, über den Ausgleich besonderer Härten zu verhandeln. In einer nun dazu einberufenen Vertrauensleutesitzung wünschten einige Vertrauensleute eine erneute Urabstimmung. Diese ergab leider keine Dreivierteilmehrheit mehr für den Streik. (Ein Teil des Betriebes arbeitete am Samstag nicht.)

Schon in der ersten Betriebsversammlung wurde, dieses Resultat vorausahnend, der Standpunkt vertreten, den Kampf gleich auf breiterer Basis durch die Gewerkschaften aufzunehmen. Die Aussichten hierfür waren nicht ungünstig, da ein anderer Großbetrieb hier am Ort ungefähr dieselbe ungeheure Lohnreduzierung von der Direktion diktiert bekam.

Wir fürchten, wenn die Gewerkschaften nicht bald dazu übergehen, sich auf die Notwendigkeit des Kampfes auf breiterer Basis zu besinnen, das Beispiel in Frankfurt dazu beitragen wird, die Kampfkraft der Arbeiterschaft weiter in verheerendem Maße zu untergraben.

Sowjet-Rußland, das Land des Kupfers

In der Sowjetunion sind eine Reihe neuer Kupferlager entdeckt worden, wodurch Rußland mit einem Schlag in die erste Reihe der kupferproduzierenden Länder der Welt rückt. Im Bezirk Perm am Ural wurde in Wosnessinsk-Utschalinsk ein Lager aufgefunden, das

allein einen Rein-Kupfer-Inhalt von 10 Millionen Tonnen besitzt.

Das ist ebenso viel wie nach amtlichen Schätzungen die gesamten Kupfervorkommen in Nordrodesien (Afrika) enthalten und um das Doppelte mehr als die berühmten Kupfervorkommen von Katanga im belgischen Kongo. Allein mit diesem Kupferfund wäre die Sowjetunion zu einem der bedeutendsten Kupfergebiete der Welt geworden. Daneben sind aber auch noch in anderen Gebieten gewaltige neue Kupferläger entdeckt worden.

So in der Steppe von Kasakstan im Ural, im Kaukasus und in Armenien. Die bisher zutage geförderten Erze sind auch qualitativ außerordentlich wertvoll. Sie enthalten 8 Prozent Reinkupfer, während das belgische Kupfer von Katanga durchschnittlich nur 6,41 Prozent Reinkupfer enthält.

Diese neuen Funde bedeuten für die Sowjetunion eine wichtige Hilfe zur Durchführung des Fünfjahresplanes. Sie machen Rußland in Bezug auf Kupfer vom Weltmarkt unabhängig und überdies zu einem gefährlichen Konkurrenten der kapitalistischen Kupferkonzerne. Die Kupferproduktion wird mit äußerster Energie gefördert. Während sie bei Beginn des Fünfjahresplanes auf 18000 Tonnen gesunken war, wurde sie inzwischen bereits auf 70000 Tonnen erhöht. Sie soll für das Jahr 1932/33 auf 195 000 Tonnen gesteigert werden.

Achtwalzige Rotationsmaschine

Neue Erfolge der Sowjet-Industrie

Die Maschinenfabrik Rybinsk im Industriegebiet von Iwanowo stellte die erste sowjetische Rotationsmaschine her. Der Betrieb hat seinen Produktionsplan im Oktober zu 107 Prozent erfüllt. Jetzt werden von dem Betrieb noch größere achtwalzige Rotationsmaschinen hergestellt.

In Witebsk wurde dieser Tage eine neue Fabrik für die Herstellung von Fiberplatten in Betrieb gesetzt. Pro Schicht werden 1000 Platten fertiggestellt. Das Jahresprogramm sieht die Produktion von 300 000 Platten vor.

Das Moskauer Elektrokombinat (Elektrosawod) führt bereits seit längerer Zeit die Herstellung von Motormagneten durch. Bisher wurden die Magneten für die Motorfahrzeuge (Autos, Traktoren und Flugzeuge) zum größten Teil aus der Schweiz eingeführt. Nunmehr produziert das Elektrokombinat diese Magneten und hat bereits seit dem 1. Januar 10 000 Stück hergestellt.

Sonderbesteuerung der Einzelbauernwirtschaften in der USSR

WTB. Das Zentralexekutivkomitee und der Volkskommissarenrat der Sowjetunion veröffentlichen einen Beschluß über eine einmalige Besteuerung der Einzelbauernwirtschaften. Die Steuer beträgt mindestens 15 Rubel. Für die Kulakenwirtschaften ist die doppelte Landwirtschaftssteuer festgesetzt. Unter gewissen Bedingungen ist Steuerfreiheit zulässig.

Zahlen der Krise

80 %iger Rückgang der amerikanischen Automobilproduktion

Nach den Berechnungen des Handelsamtes in Washington beträgt der Rückgang der amerikanischen Automobilproduktion in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres etwa 48 Prozent. Zieht man die Produktionsziffern der amerikanischen Automobilindustrie im Jahre 1929 zum Vergleich heran, so ergibt sich ein Rückgang von 80 Prozent!

Aus der Partei

Sozialistische Arbeiter-Partei, Sozialistischer Jugendverband, Dortmund-Mitte. Unsere öffentliche Revolutionsfeier am Samstag, den 26. Nov., kann leider infolge des verlängerten Burgfriedens nicht stattfinden. Die bereits in Umlauf gesetzten Eintrittskarten werden durch unsere Unterkassierer und an der Abendkasse zurückgenommen.

Sozialistischer Jugendverband, Bezirk Westfalen: Unser Wochenendkursus, der in Verbindung mit der Revolutionsfeier unserer Dortmunder Genossen für Sonntag, den 27. Nov., geplant war, muß leider abgesagt werden, da auch die Feier verboten ist.